

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Regulierungs-Verordnung für 1891 unter Nr. 6499.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Intention für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt VI, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 21. Oktober 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Demokratische Besteuerung.

Bekanntlich haben sich verschiedene Großkapitalisten, die sich im Kanton Zürich niedergelassen hatten, über die hohe Einkommensteuer in diesem Kanton heftig beschwert und haben damit ein lautes Echo in der kapitalistischen Presse erweckt. Man nahm hieraus Anlaß zu behaupten, daß eine starke direkte Besteuerung zu „Unzutraglichkeiten“ führen müsse und einige reiche Müßiggänger drohten sogar, den Kanton Zürich wegen seiner Einkommensteuer niemals mit ihrer dauernden Anwesenheit zu beehren, ja, dort schon anwesende Millionäre drohten die Gegend zu verlassen, um der „demokratischen Tyrannei“ zu entgehen. Der Bestand des Kantons wird schwerlich gefährdet sein, wenn auch alle diese Drohungen ausgeführt werden.

Der Kanton Zürich ist allerdings das am meisten demokratisch organisierte Gemeinwesen Europas. Um aber zu sehen, was es mit der „demokratischen Tyrannei“ auf sich hat, wird man einfach das Einnahmehudget des Kantons durchgehen müssen, und es wird sich dann herausstellen, inwiefern es wahr ist, daß in diesem Kanton die Reichen Alles bezahlen müssen.

Zwar wäre es nur gerecht, wenn die öffentlichen Lasten im Haupttheil von den kleinen Einkommen auf die großen abgewälzt würden — aber unsere „oberen Zehntausend“ stimmen jedes Mal ein Jammergeschrei an, wenn dem Armen einmal irgendwo Gerechtigkeit werden soll.

Die Einnahmen des Kantons Zürich beliefen sich im Rechnungsjahr 1890 auf 12 056 870 Frks., die Ausgaben auf 11 348 225 Frks. Wir wollen nun im Einzelnen nachweisen, worin diese Einnahmen bestehen: Aus dem Salzregal kamen 153 000 Frks., von denen sicherlich die armen Leute den größten Theil gezahlt haben; das Bergwerk trug 21 398 Frks., eine Summe, die von armen Leuten erarbeitet und als „Mehrwert“ vom Unternehmer Staat eingezogen worden ist; die Wasserrechts-Zinsen trugen 54 000 Frks. ein; die Jäger bezahlten für 14 500 Frks. Patente, für welche Leistung die Jäger auch das Vergnügen und den Ertrag der Jagd haben. Der Staatswald brachte 148 900 Frks. ein, auch ein Ertrag der Arbeit der Wald- und Forstarbeiter. Die Wirtschaftsabgabe brachte etwa 420 000 Franks ein. Sie wirkt natürlich als indirekte Steuer, denn die Konsumenten resp. Gäste müssen sie in letzter Linie bezahlen und fällt die Hauptlast wieder auf die ärmere Bevölkerung. Die Stempelabgabe betrug 58 700 Frks., die Gebühr für

Bannoten-Ausgabe 174 679 Frks. Man sieht, die Herren Bankiers werden nicht allzusehr gedrückt. Die Hundsteuer brachte 98 000 Frks.; sie mag zu einem guten Theil auf die reichen Besitzer von Luxushunden fallen und das ist ganz in Ordnung. Das Alkoholmonopol brachte 655 000 Frks. ein, wovon auf „das Schnäpchen des armen Mannes“ wieder der Hauptantheil entfällt. Nun die Hauptsteuern.

Die Aktiv-Bürgersteuer ergab 93 700 Frks., wobei wieder der Reiche leichter trägt, als der gleichbesteuerte Arme; die Erbschaftsteuer betrug 414 507 Franks, die viel angegriffene Vermögens- und Einkommensteuer im Ganzen etwas über drei und eine halbe Million Franken, nämlich 3 586 705 Frks. Also diese Steuer beträgt etwas über ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen im Kanton Zürich. An dieser Summe haben auch arme Leute mitzuzahlen und wegen dieser Summe ist von den Kapitalisten das bekannte ungeheure Geschrei erhoben worden.

Es erhellet aus dem geschilderten Besteuerungssystem, daß man auch im Kanton Zürich noch lange nicht dahin gekommen ist, den Armen so zu entlasten, wie sich gebührte. Die indirekte Besteuerung besteht noch in sehr umfangreichen und drückenden Formen. Man kann daraus die Engherzigkeit und den Egoismus der Millionäre ermessen, die sich in allen Tonarten darüber beschwert haben, daß sie in dem Kanton Zürich etwas stärker zur Besteuerung herangezogen worden sind, als anderwärts. Wenn man sich von dieser Seite auch über die „Rücksichtslosigkeit“ der schweizerischen Steuerbehörden beschwert hat, so hat das lediglich zu bedeuten, daß in Zürich, wie es scheint, die Praktiken von Bochum nicht wohl möglich sind.

Sollen wir resumieren, was sich aus dem Gesagten ergibt, so müssen wir betonen, daß die in Zürich übliche Besteuerung keineswegs dem entspricht, was man im Interesse der armen und arbeitenden Klassen vom heutigen Staate zu fordern hätte. Das große Kapital ist noch lange nicht genug herangezogen; die Masse ist viel zu schwer belastet. Wenn man darüber auch ein Geschrei erheben sollte, so wird uns das nur beweisen, daß sich die „oberen Zehntausend“ zu sehr an die Abwälzung der öffentlichen Lasten auf die Unbemittelten gewöhnt haben, um die darin liegende Ungerechtigkeit zu erkennen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Die Vorgänge in Eisleben am 31. Mai d. J. erhalten eine eigenartige Beleuchtung durch eine „Die Ober-Berg- und Hüttenverwaltung. Leuschner“ unterzeichnete Zuschrift. In der „Politischen Uebersicht“ des „Vorwärts“ vom 6. Oktober war mit den einleitenden Worten: „Justitia fundamentum regnorum — Gerechtigkeit ist die Grundlage — die einzige sichere Grundlage — der Staaten“ eine Parallele gezogen zwischen dem schnellen und scharfen Vorgehen gegen Sozialdemokraten und dem Verfahren gegen die Urheber der Vorgänge in Eisleben und Spenge, die sich gegen die Sozialdemokraten richteten. Dieser Artikel ruft die Entrüstung des Herrn Leuschner im höchsten Maße hervor, und diese Entrüstung macht ihn so blind, daß er fast den Behörden vorwirft, sie seien garzu partiell zu Gunsten der Sozialdemokraten und schroff und schneidig, wo Jemand der Sozialdemokratie nur ein schiefes Gesicht macht.

Herr Leuschner oder vielmehr „die Ober-Berg- und Hüttenverwaltung“ läßt es keinem Zweifel unterliegen, daß die Vergleute von den Sozialdemokraten angegriffen sind und speziell, daß der Sattler und sozialdemokratische Agitator Franke aus Eisleben, ohne thätlich angegriffen zu sein, mit dem Revolver auf die Vergleute geschossen und drei derselben thätlich verletzt hat.

Dieses als außer Zweifel stehend vorangeschickt, fragt Herr Leuschner:

Was ist nun die Folge dieser Vorgänge gewesen? Der Sattler Franke wurde sofort verhaftet, blieb einige Wochen in Haft, wurde dann aber wieder freigelassen. Die Vergleute Wunderlich und Liebau, welche von dem pp. Franke Revolvergeschosse erhalten haben, infolge dessen eine Zeit lang erwerbsunfähig waren und die Kugeln noch jetzt in ihrem Leibe herumtragen, sind dagegen am 25. September d. J. also 4 Monate nach den Vorgängen im Preussischen Hof — verhaftet worden und befinden sich noch jetzt in Haft! Ihre Beschwerden gegen die Verhaftung und die von der Mansfelder Gewerkschaft angebotene Kaution von 5000 M. ist vom kgl. Landgericht zu Halle durch Beschluß vom 4. Oktober d. J. zurückgewiesen. Wunderlich und Liebau sind durchaus sehr ordentliche zuverlässige Arbeiter, ersterer befindet sich sogar das Amt eines Förderungsinspektors.

Es folgen sodann Angriffe gegen den sogenannten Arbeiter-Bildungsverein, dessen Mitglieder theils junge überspannte Leute, theils Faulenzen seien, gegen den Feiler Volksboten, gegen den Redakteur desselben, Adolf Hoffmann, und gegen die Sozialdemokraten überhaupt. Die Vergleute hätten sich in der Nothwehr befunden und die Sozialdemokraten wären die eigentlichen Angreifer gewesen.

Die Zuschrift schließt mit den Worten: „Es wäre in der That tief zu beklagen und es würde das Rechtsbewußtsein des ordentlichen Arbeiters auf das Schwerste erschüttern, wenn auf Grund unrichtiger Denunziationen von

Feuilleton.

Macbrua verboten.)

47

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Er brachte eine handvoll blanker Goldstücke hervor und reichte sie seiner Freundin mit den Worten: „Da haben Sie, was ich seit einem Monat erspart habe, es ist nicht viel, denn der Verdienst ist gering. Nehmen Sie es, Mamsell.“ Schlichtern streckte er die Hand aus. Larivette sah Mijoulet an, ihre Augen waren von Thränen verschleiert und ihr Herz fing an heftig zu pochen.

Sie dachte einen Augenblick nach, dann fiel sie ihm mit einer raschen Bewegung um den Hals und umarmte ihn, indem sie ausrief:

„Sieh da, der böse Mensch, beraubt sich selbst, er hat sich vielleicht Entbehrungen auferlegt. Nun gut, ich will ihn strafen, er soll mein Geschäftstheilhaber sein.“ Mijoulet hatte, außer sich vor Entzücken, ihr jeden Kuß zurückgegeben, während im Hintergrunde des Saales, unter ihrer weißen Haube, die Gestalt der barmherzigen Schwester erschienen war, die mütterlicher als je, den lebhaften Unwillen merken ließ, welchen sie beim Anblick der feurigen Umarmung der beiden jungen Liebesleute empfand.

Den folgenden Morgen befanden sich Mijoulet und Larivette mit zwei sehr großen Körben rechtzeitig auf dem Markte des Innocents. Larivette hatte die Einkäufe besorgt und um die Pfennige gefeilscht, denoch wurde sie durch einige launige Bemerkungen durch ihr anmuthiges Lächeln mit den Gärtnern fertig,

welche in grober Weise viel forderten. Sie war ja ihre alte Kundin.

Zwei Stunden später waren die Bubiker und Bewohner des Viktoriaplazes ganz erstaunt, die Krambude offen zu sehen, und hinter dem Ladentisch den Umriß der kleinen Blumenhändlerin zu bemerken, welche lebhafter als je war. Niemand hatte sich ihr plötzliches Verschwinden erklären können. Die erste Sorge Larivette's war die gewesen, zwei große Weichensträuße zu binden und dem Behälter zu geben, sobald er mit der inneren Einrichtung der Bude fertig geworden war. Dabei sagte sie zu ihm:

— Gehe schnell und trage das eine dieser Bouquets zu Herrn Philibert und sage ihm, es komme von Larivette und sei für seine kleine gute Freundin bestimmt; das andere gib' Charlotten, frage sie, wie es ihrem Vater geht und theile ihr mit, daß ich sie heute Abend besuchen werde, sobald ich meinen Kram geschlossen habe.

„Geh, mach, daß Du fortkommst; wenn Du zurückkommst, werden die Bouquets fertig sein, die Blumen auf ihrem Plaze liegen, und Du wirst auf einen Augenblick den Laden bewachen müssen. Ich will nämlich in meinem Stübchen ein wenig Ordnung machen. — Das wird sehr nöthig sein.“

Mijoulet war schon fort, getrieben von dem Verlangen, den Auftrag, welchen sie ihm eben erteilt hatte, auszuführen und vor allem schnell wieder bei Larivette zu sein.

Das Blumenmädchen war allein und machte hastig einige Sträuße fertig, welche sie in einem Korbe ordnete.

Die Geschäftszeit kam heran, Larivette befand sich in einiger Unruhe bei dem Gedanken, daß irgend eine Konkurrentin vom Boulevard oder Palais Royal die ziemlich zahlreiche und vor allem treue Kundschaft, deren sie sich früher erfreut hatte, an sich gezogen haben könnte. Ihre

ersten Kunden um diese Morgenstunde waren Arbeiter, welche nach Paris hereinkamen und ihre Schneider- und Konfektions-Werkstätten aufsuchten, kleine Beamten, die sich nicht sonderlich auf ihrem Wege beeilten, ihren Plaz im Komtoir und ihren Sessel im Bureau, welchem Lust und Licht fast gänzlich mangelte, einzunehmen.

Das war sicherlich nicht die Kundschaft, welche ihr den größten Verdienst brachte, aber es war dafür diejenige, welche sie am liebsten bediente. Welch reizendes Lächeln zeigte sich auf ihren rosigen, vollen Lippen, die halb geöffnet waren, wie eine aufgeschlossene reife Granate, während die frischen Wangen zwei schelmische Strahlen zierten. Das unter dem Einfluß der reinen Morgenluft und des berausenden Blumendüftes rascher pulsirende Blut röthete dieselben jedesmal, wenn sie mit einer zierlichen Bewegung ein Weichensträußchen für zwei Sous einem hübschen Jungen oder einer niedlichen Mähmamsell mit munterem oder niedergeschlagenem Gesichtchen gab.

Welche allerliebste, ein wenig spöttische Miene wußte sie aufzusetzen, wenn ein Angestellter allein, oft mit verlegenem Gesichte, eine Rose oder ein Bouquet von Levkojen oder Springaus nahm.

— Hier ist Etwas für Ihre Geliebte, mein Herr! — dabei schlossen sich ihre Augenlider entweder fast, oder ihre Augen glänzten wie Perlen und schienen spöttisch und gerührt zu gleicher Zeit zu blicken.

Kurz, sie war so lieb, so lustig, so neckisch und nett, daß alle Leute, welche ein Blümchen oder beschcheidenes Sträußchen wünschten, an ihrer Bude stillstanden und selbst zuweilen einen Umweg machten, um über den Viktoria-Plaz zu gehen.

Sie war in der That eine Blume unter Blumen. Aber sie sang auch schön. Der ganze kleine, um diese Stunde still daliegende Plaz hallte von ihrer hellen Stimme wieder,

sozialdemokratischer Seite, wo es bekanntlich unter Umständen auch auf einen Meißel nicht ankommt (siehe Blum „Die Lügen der Sozialdemokratie“, pag. 355/390), sobald man damit nur dem Interesse der Partei nützt, im vorliegenden Fall Schuldige und Unschuldige verwechselt werden sollten. Wer würde dann noch Lust haben, den sozialdemokratischen Unverschämtheiten entgegenzutreten!

Der Stil dieses Schriftstückes zeigt uns den Mann. Herr Leuschner ist aus dem Reichstage her bekannt, wo seine Reden würdig sind eines Hänschen Blum, der für ihn auch ein Gewährsmann ist. Gerade das Schreiben des Herrn Leuschner zeigt jenen Bourgeoisinn, der die Arbeiter erbittert, der es gar nicht fassen kann, daß nicht jede Behörde, nicht jeder Richter gleich blind jeden Sozialdemokraten verdammt. Herr Leuschner hat doch die Vorgänge vom 31. Mai nicht bloß aus sozialdemokratischen Blättern erfahren, sondern wohl auch aus denen seiner eigenen Gesinnungsgenossen, die unmittelbar nach den Vorgängen nicht laut genug triumphieren konnten.

Doch wir haben es hier nicht mit Leuschner persönlich zu thun, sondern mit einem amtlichen Schriftstück, denn es ist unterzeichnet: „Die Ober-Berg- und Hütten-Direktion“. Es liegt die Vermuthung nicht fern, daß dieses Schreiben bestimmt ist, einen Einfluß auf das Gericht zu üben. Das Schriftstück bestätigt gerade, was bestritten werden soll, daß noch viel fehle, bis das gleiche Recht für Alle auch zur tatsächlichen Geltung gelange. Ob die Mansfelder Gewerkschaft auch so bereit gewesen wäre, 5000 Mark Ration anzubieten, wenn die Verhafteten Sozialdemokraten gewesen wären? Auch die Art der Polemik ziemt einem amtlichen Schriftstück durchaus nicht und würde eine Klage von der oberen Behörde gewiß erfordern. Der Ton, den die Direktion anschlägt, ist gewiß nicht geeignet, den sozialen Frieden zu fördern und am wenigsten wird er dazu beitragen, den Glauben zu wecken, daß die Gerechtigkeit, das gleiche Recht für Alle, auch bei uns die Grundlage des Staates sei.

Professor Dr. v. Helmholz ist vom Kaiser zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden. In dem kaiserlichen Schreiben, welches diese Ernennung mittheilt, heißt es: „Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Fluge alles Getriebe der Politik und der damit verbundenen Parteinaturen weit hinter sich zurück.“ In seinem Antwortschreiben sagt Helmholz, dem die Politik nicht den Charakter verdorben: „Wenn es mir vergönnt war, etwas, soweit meine Kräfte reichten, zum großen Bau der Wissenschaft beizutragen, so geschah dies, gefördert durch den hohen Schutz, den diese und ich mit ihr durch drei Generationen unseres hohen Herrscherhauses erfahren haben.“

Daß man in dem Schreiben des Kaisers eine Pointe findet, die sich gegen Bismarck lehnt, ist sehr erklärlich.

Fürst Bismarck kann es noch immer nicht vertragen, daß er kalt gestellt ist. Wer ist Schuld daran, daß der Kaiser einen so wichtigen Schritt gethan und Deutschland um seinen großen Kanzler gebracht hat? So etwas konnte der Kaiser nur unter Gegenzeichnung eines verantwortlichen Kanzlers thun. Herr v. Caprivi ist es gewesen, der die Verantwortlichkeit übernommen, dem Deutschen Reich die tiefe Wunde zu schlagen, daß er ihm seinen Bismarck nahm. Dafür soll er Rechenschaft geben! So läßt sich jetzt Bismarck in seinem Organ vernehmen. Des Pudels Kern ist, daß der „treue Diener seines Herrn“ dem Kaiser gern was ans Zeug fließen möchte. Es ist thöricht genug, daß so viele Blätter noch auf das kindische Gebelze des Exkanzlers eingehen. Im deutschen Volke giebt es wohl nur Wenige, die sich dafür interessieren, was in den letzten Tagen vor der offiziellen Entlassung im Ministerrath oder auf Hintertreppen sich im Einzelnen abgespielt hat, aber fast einstimmig im ganzen Volke ist die Erkenntnis, daß der Sturz Bismarck's jedenfalls eine Wohlthat für das Reich war. Und wer das noch nicht erkennen will, dem zeigt es Bismarck von Tag zu Tag mehr durch sein greisenhaft-kindisches, aller Würde bares Wesen.

Als eine hübsche kleine Anleihtung zur Umgehung der Vereinsgesetze benutzte die amtliche konservativ-Preussische Zeitung das von der sozialdemokratischen Parteileitung unmittelbar nach dem Parteitag zu Halle erlassene

welche bald laut, bald gedämpft ein Liebesliedchen Beranger's oder ein melancholisches Hirtenlied Pierre Dupont's erklingen ließ.

Man hatte wohl hier und da versucht, ihr ein bißchen den Hof zu machen, aber sie nahm alle Liebeserklärungen mit so herzlichen Lachen oder einer solchen Würde auf, daß selbst die Rechten und Hartnäckigsten den Muth verloren. Man konnte sie jetzt, sie wurde von ihren Morgenkunden nicht mehr befehligt, die arm waren wie sie, und dieses müthige Kind, das mit Tagesanbruch sich erhob, wie die Vögel, das arbeitsam und stets von peinlicher Sauberkeit war, achteten.

Während sie ihre Bouquets band und auf ihre Kundschaft wartete, sang sie mit lauter Stimme ein bekanntes Lied Beranger's und trug die einzelnen Strophen klar und richtig vor. Nur zuweilen unterbrach sie den Gesang, um in muthwilliger oder sentimentaler Laune zu sagen:

— O, ja, in zwanzig Jahren ist man glücklich in einer Kammer. Ich, die ich kaum achtzehn Jahre alt bin, finde, daß man sehr glücklich ist. Im Winter erfriert man darin, im Sommer wird man gebraten; mein Zimmer ist so klein, daß kaum für ein Händchen Raum genug ist, und doch muß ich alle drei Monate die theuere Miethe bezahlen.

Ich bin fest überzeugt, daß man sich besser in einem guten und schönen Zimmer im Erdgeschos oder im ersten Stock befinden würde. Aber das ist nur für die Reichen. Was arm ist, das muß in die Höhe klettern, damit es dem Himmel näher sei, und darf nicht verkennen die Weine zu regen. Sie wollte eben eine Strophe des Liedes beginnen, als sie ausrief: „Aber wo bleiben denn die Kunden? Ich habe diesen Morgen nicht ein einziges Bouquet verkauft. Es ist weder Sonntag heut, noch irgend ein Festtag, kein Mensch kommt vorbei und die Straßen, die sonst um diese Zeit so belebt sind, liegen einsam und still da. Einen Augenblick dachte sie nach und betrachtete traurig ihren noch vollen Korb, dann warf sie den Strauß, welchen sie in den Händen hielt, hin und schlug sich vor die Stirn.

— Wie thöricht bin ich doch, — rief sie aus, — daß

Zirkular, welches Rathschläge zur Beobachtung der Vereinsgesetze enthält. Die Organisation selbst ist öffentlich, unter polizeilicher Ueberwachung, im Beisein hochgestellter Polizeibeamten berathen und beschlossen. Alle Schwierigkeiten, welche die Vereinsgesetze der verschiedenen deutschen Staaten bieten, kamen dort zur Sprache, und die Mittel und Wege wurden offen erörtert, nicht wie man die Vereinsgesetze umgehen, sondern wie man die Organisation unter Beobachtung der Gesetze gestalten könne. Von der Instruktion für die sozialdemokratischen Vertrauensmänner behauptet das sächsische Regierungsblatt, indem es dieselbe abdruckt, daß mit ihr Geheimniskrämerie getrieben sei; eine merkwürdige Geheimniskrämerie, die in vielen tausenden Exemplaren verbreitet wird! —

„Eine Probe sozialdemokratischer Verdrehungskunst“ sieht die „Vossische Zeitung“ in unserer Besprechung ihres Artikels, in welchem sie, bevor noch Richter und Staatsanwälte Jeggungen sind, das anzuerkennen, was nach der „Vossischen Zeitung“ selbst unzweifelhaftes Verfassungsrecht ist, über diese Anerkennung hinweg denselben eine Brücke bauen will durch eine Abänderung der verfassungsmäßigen Bestimmung über die Immunität der Reichstags-Abgeordneten. Nicht ihre Wahrhaftigkeit, auf welche die „Vossische Zeitung“ sich beruft, beweist sie, sondern nur ihren Mangel an Mannhaftigkeit.

Den westfälischen Grubenbesitzern und Bergbehörden stellt die „National-Zeitung“ ein schönes Zeugnis aus, indem sie sich aus Westfalen schreiben läßt, daß die Autorität der Bergbehörden sich bisher nicht als ausreichend erwiesen habe, um auf die Besitzer der Privatgruben einen erfolgreichen Einfluß bezüglich der tatsächlichen Verhandlungen der Arbeiterfrage herbeizuführen. Die westfälischen Grubenbesitzer sind fast ausschließlich Gesinnungsgenossen der „National-Zeitung“ und haben alles aufgegeben, die Arbeiterschutts-Gesetzgebung zu verschlechtern und die billigen Forderungen der Arbeiter zu hintertreiben. Die „maßlose Begehrlichkeit“ und „Unerfättlichkeit“ der Arbeiter konnte nicht genug hervorgehoben werden, um diese ins Unrecht zu setzen, und jetzt bekundet Einer aus den „bergbaureichenden Kreisen“ in der nationalliberalen Zeitung, daß die Bergbehörden viel energischer hätten einschreiten müssen, um die Grubenbesitzer zu ihrer Pflicht zu zwingen.

Ein schönes Kartell haben die Bourgeoisparteien Elberfelds für die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung auf die Dauer von 6 Jahren abgeschlossen. Es soll danach die Stadtverordneten-Versammlung, die aus 36 Mitgliedern besteht, zusammengesetzt sein aus 11 Freikonservativen, 10 Nationalliberalen, 10 Deutschfreisinnigen und 5 Zentrumsmitgliedern. Die größte Partei, welche in Elberfeld über mehr Reichstagswähler gebietet, als jene 4 Parteien zusammen, bleibt ganz ohne Vertretung. Das ist das Resultat der Zensurwahlen; sie gestalten die ganze Gemeindevertretung zu einer einfachen Altknabenvertretung.

Der neue König von Württemberg scheint auch eine neue und zwar erhöhte Zivilliste zu erfordern. Stimmung wird für dieselbe bereits gemacht. Die gegenwärtige Zivilliste von 1 800 000 M. soll nicht ausreichen, zumal bei den theuren Brotpreisen.

Gegen die Vertheuerungsgelüste der Kohlengruben-Besitzer wendet sich die Viesfelder Handelskammer in einer Eingabe an den Eisenbahnminister. Sie verlangt die Aufhebung aller jener Ausnahmetarife, welche für den Transport von Kohlen aus den rheinisch-westfälischen Bezirken nach den Seehäfen und dem Auslande bestehen. Jene Tarifbegünstigungen würden benutzt, sich in den deutschen Küstenplätzen für die Versorgung der Schiffe sowie im Auslande ein aufnahmefähiges Absatzgebiet zu suchen, um dadurch das Angebot im Inlande künstlich zu vermindern und einen Preisdruck durch vermehrte Konkurrenz zu verhalten. Speziell die rheinisch-westfälische Textil- und Eisenindustrie leiden darunter, daß die Konkurrenz des Auslandes mit billigerem Brennmaterial arbeite. Der bevorstehende Winter mache die Kohlenvertheuerung auch den breiten Massen des Volkes fühlbar.

Das westfälische Koalksyndikat hält darauf, daß seine Beschlüsse ganz geheim gehalten werden und daß die

ich an nichts denke. Wozu habe ich soviel angefertigt, da ich doch nur auf meine kleine Morgenkundschaft rechnen konnte. Aber es kommt Niemand vorüber. Ist das nicht erstaunlich? Hat mir Mijoulet nicht gesagt, daß es keine Arbeit mehr gäbe, daß fast Jedermann seit der Revolution feiere?

Arme Larivette! Heut Abend werden die vielen Blumen übrig bleiben.

Aber fort mit dem Kummer. Wenn man diese noch wenigstens essen könnte; meine Kundschaft von schönen Herrn und Damen wird mich auffuchen. Aber was liegt jenen daran, ob es Arbeit giebt oder nicht. Solche Leute brauchen nicht darauf zu warten, daß in ihrem Beutel einmal die glänzenden Goldstücke klingen und springen. Sie haben immer Vorrath davon. Nur Geduld und nicht gleich die Hoffnung und den Muth verlieren!

Aber es ist doch merkwürdig, wie lange Mijoulet wegbleibt; ganz gewiß verschwaht er die Zeit bei Herrn Philibert oder dem Würger Ravache-Soul. Ich will ihn thätig anschelten, wenn er zurück sein wird!

Sie hatte seufzen, wenn auch lächelnd, mit troziger Miene eine drohende Handbewegung gemacht, als das Rollen eines Wagens auf der Straße der Hofes Montmartre vernehmbar wurde. Unwillkürlich beugte sie sich vor und sah neugierig diesen Wagen an, der ein höchst elegantes Koupée war, auf dessen Sitz sich würdevoll unbeweglich ein Kutscher in Livree befand.

Daß ein solches Koupée zu so früher Stunde durch die Straßen von Paris fuhr, sagte sie einigermaßen in Verwunderung. Dieselbe vermaßelte sich in starrem Erstaunen über die Person, die jetzt aus demselben heraussprang. Eine Dame von ziemlich hohem Wuchs, distinguirtem Wesen, in geschmackvoll gewählter, dunkler Kleidung. Ihr Gesicht barg sich hinter einem dichten, schwarzen Schleier, der fast bis auf den Gürtel herabfiel.

Et, so zeitig! Eine vornehme Dame, die früh aufsteht! Um 7 Uhr Morgens! Sie will ohne Zweifel in der Kirche Notre Dame des Victoires die Messe hören.

Die kann es nicht nötig haben, sich ihr Brot mühsam zu verdienen, da sie so ihre Zeit verliert.

Kohlenverbraucher ganz besonders im Unklaren gehalten werden über die Ziele und Kampfmethoden des Kohlenverkaufsvereins gegenüber den Konsumenten. Das Syndikat hat bekanntlich vor Kurzem unsere Nachricht demittirt, daß eine Produktionsbeschränkung von 10 pCt. für Koalks für das letzte Quartal des Jahres geplant sei. Wir wiesen alsbald darauf hin, daß das Dementi in dieser Fassung völlig werthlos sei, da sich Gerüchte erhielten, wonach vorläufig vorerst für den Monat Oktober nur die Beschränkung von 10 pCt. in der Förderung beschlossen sei. Dieser Darstellung der Dinge hat das Koalksyndikat nicht widersprochen. Heute nun finden wir im Wochenbericht der „Kölnischen Volkszeitung“ ganz unverblümt den Satz:

Die 5 proz. und spätere 10 proz. Einschränkung der Koalks-Erzeugung von Seiten des Syndikats, die allein eine Abnahme von 1000 bezw. 2000 Tonnen arbeitstäglich bedeute, im Verein mit der Betriebsverringering, theilweise sogar gänzlichen Stillstellung von Kokeren auf den Gärten u. s. w.

Das heißt, die 10 prozentige Förderungs-Einschränkung wäre schon in Kraft. Das würde vollständig übereinstimmen mit den Gerüchten, welche seit einigen Tagen an der Berliner Börse zirkuliren und dort zu der Verflaumung der Kurse von Kohlenaktien geführt haben.

Der Nothstand in Deutschland ist noch lange nicht so groß als der Nothstand in Rußland, das ist der Triumph der agrarische Blätter gegenüber der „Nowoje Wremja“ auszuspielen, welche von den Beschlüssen der zahlreichen Volksversammlungen, Stadtverordneten-Versammlungen und Magistrats gegen die deutschen Kornzölle Kenntniß nimmt. Das ist ein netter Trost!

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Ueber die Haltung der Opposition auf dem Parteitag schreibt der „Braunschweiger Volksfreund“:

Die Opposition, welche soviel von sich reden machte und die gleich zu Beginn des Parteitages sich noch mit großer Wichtigkeit hervorthat, welche mit schweren Anschuldigungen den Parteivorstand monatelang angegriffen, verfolgt und gequält hatte — was wäret ihre Wortführer vorzubringen? Ist auch nur eine Beschuldigung gerechtfertigt?

Man sprach von Günstlingswirtschaft des Parteivorstandes. Auf welcher Thatlage beruht dieser empfindende Vorwurf? Ein Parteigenosse ist einem Abgeordneten, der 3 Monate lang im Gefängnis gewesen war, dessen Frau, während er saß der Schlag rührte, der vier Kinder im Hause hatte und besten Geschäft zurückging, nach gründlicher Untersuchung gegen Sicherheit und Bürgschaft gegeben worden. Nebel bemerkte aus diesem Anlaß: Ist das Parteivorstand, so will ich noch zwanzig ähnliche Parteivorstände gern auf mich nehmen.

In welchem Lichte stehen die Opponenten vor dem Parteitag, vor allen Genossen, vor der ganzen Öffentlichkeit da in der Beleuchtung ihres Treibens durch die Verhandlungen in Erfurt?

Wohlverstanden, wir sprechen hier nicht von der Frage der Taktik, in deren verschiedener Auffassung noch kein Grund zu einer Ausschließung liegt, so lange der Dissidenten sich den Beschlüssen des Parteitages fügt — wir sprechen von den rein persönlichen Geheißigkeiten, mit welchen einzelne „Junge“ den Parteivorstand, die ganze Partei beschimpfen haben.

Jetzt sollten sie ihre Aussagen beweisen. Aber wie Kinder und Klatschweiber schiebt einer die Schuld auf den andern. Keiner will den Topf so zerbrochen haben! Handeln so Männer? Handeln so Genossen? Und können wir solchen Genossen gegenüber ein Auge zudrücken? Ginge nicht das alte Spiel von Neuem los?

Was werden die Gegner nicht alles aus den Verhandlungen herauslesen! Die werden nicht nur Gras, sondern ganze Wälder wachsen hören. Sie haben ja augenblicklich in der hohen Politik nicht viel zu vernünftigen und zu phantastischen.

In gleicher Sache schreibt das Hamburger „Echo“: „Noch niemals ist uns eine Opposition begegnet, die draußen in den Volkerversammlungen den Mund so voll nahm mit Anschuldigungen und Verleumdungen und die, zur Verantwortung gezogen, auf der Armenländerbank sitzend, mit so kläglichen Ausflüchten und Ableugnungen sich vertheidigte. Draußen vertraten sie die

Aber die Dame war offenbar nicht allein. Nachdem sie ausgezogen war und selbst den Schlag wieder geschlossen hatte, sprach sie einige Sekunden lang mit einer Persönlichkeit, welche im Wagen geblieben war und ohne daß man den Kopf sehen konnte, mit der Hand auf eine Stelle des Plages wies, und zwar in der Richtung nach der lächerlichen und auffälligen Bildsäule Ludwig XIV., in deren Nähe die Bude der Blumenhändlerin stand.

— Halt, sagte Larivette lächelnd, der Bronzeherr ist es, den sie sehen will. Sie will wahrscheinlich seine Waden bewundern. Entschieden geht sie nicht in die Kirche.

Aber, was zum Kukul kann sie hier machen wollen, sie kommt sicher nicht zu einem zärtlichen Steubdichen, zu dieser Stunde, auf diesem Plaze; außerdem würde sie in diesem Falle keine Begleitung haben, sie wäre allein gekommen.

Während dieses kurzen Selbstgesprächs, welches mit einer gleichgültigen Handbewegung endete, hatte die verschleierte Dame das Trottoir verlassen, den Plaz betreten und kam zum großen Erstaunen Larivettes, deren vornehme Kundschaft sich niemals zu so früher Stunde zeigte, auf die Bude zu. Sie blieb jetzt unkläglich vor derselben stehen.

— Hier, gnädige Frau, ist ein ganz frisches Weibchenbouquet; schöne duftende Rosen...

Aber die Frau antwortete nicht. Larivette sah sie übersehen an und fragte sich, mit wem sie wohl zu thun haben könnte; vielleicht war die Dame, welche da vor ihr stand, stumm.

Als sie dann bemerkte, daß die Dame schwarz gekleidet war, sagte sie sich, daß es eine arme Frauende sein könnte, welche Blumen hole, um das Grab irgend eines theuren Wesens damit zu schmücken, das den Schauplatz der Erde verlassen hatte, vielleicht ihres Gatten oder ihres Kindes. Bei dieser Betrachtung floh das Lächeln von ihren Lippen — sie wurde wieder ernst, ihr Gesicht wurde düster, und ihre Augen trübe.

(Fortsetzung folgt.)

Schwellige Faust" und ergingen sich in den größten Schmähen; vor dem Parteitag sprachen sie, soweit ihnen möglich, in gewählten Salon-Ansdrücken. Es war, als hätten sie das Lösungswort ausgegeben: "Reite sich, wer kann!" denn Jeder erklärte, daß er für das, was ein Anderer gethan, nicht einsehen könne. Sie schienen es darauf abgesehen zu haben, die Herzen der Delegierten zu rühren und es mag ihnen auch bei Manchem gelungen sein. Denn wirklich mußte man manchmal vom tiefsten Mitleid erfüllt werden, wenn man dieses lässliche Drehen und Winden sah.

Es wird vielfach behauptet und wird noch behauptet werden, der Parteitag habe diesen Erscheinungen eine zu große Bedeutung beigelegt. Ist das richtig? Ja und nein. Vielleicht hat er den Personen eine öffentliche Aufmerksamkeit verschafft, die so wenig befähigte und so wenig sympathische Leute nicht verdient haben. Daß ihre Personen aus dem Dunkel emporstiegen konnten, verdanken sie nur der Berliner Reporterthätigkeit, denn die Redaktionsversammlungen sind den Berliner Reportern ein lehnendes Feld für ihre Feilscherei. Ganz anders verhält es sich aber mit der Sache. Wir erblicken in der Opposition die Umrisse einer künftigen anarchistischen Partei. Das werden die Herren von der Opposition natürlich in Worte stellen, denn die erste Vorchrift der anarchistischen Taktik ist, zu leugnen, daß man Anarchist sei. Die Herren Wildberger und Genossen sind noch weit davon entfernt, die Anarchie zum Prinzip der Gesellschaft machen zu können. Aber sie wollen einweisen die Anarchie, das Durcheinander in der sozialdemokratischen Partei einführen, und das zu verhindern, mußte die Pflicht des Erfurter Kongresses sein. Die Sozialdemokratie wird aus den Schriften von ihrem großen Denker Karl Marx die Ueberzeugung geschöpft haben, daß sie den Anarchismus, diesen Bastard des Kapitalismus, bekämpfen muß, wo sie ihn findet. Mit dem allgerühmten Nachdruck hat Karl Marx sein ganzes Leben hindurch betont, daß es die Pflicht der auf wissenschaftlichem Boden stehenden Sozialisten sei, sich von all dem kindischen Beschwörerehum fernzuhalten. Und das wird die Sozialdemokratie thun, wie sie es als Partei immer gethan hat.

Die Sozialdemokraten Vielesfelds haben zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen für die dritte Klasse vier eigene Kandidaten aufgestellt.

Der Provinzialdirektor von Rheinhesen, Geheimrath Köhler, ist auf sein Nachsehen pensionirt worden. An seine Stelle tritt der Ministerialrath Karl Rothe mit Wirkung vom 16. November. Gleichfalls wurde der Regierungsrath von Grancy als Kreisrath nach Heppenheim versetzt. Das sozialdemokratische "Offenbacher Abendblatt" widmet beiden folgenden Nachruf: "Wer sich an die rigorose Art und Weise erinnert, wie unter den betreffenden Beamten das diesige Groß-Kreisamt während des Sozialistengesetzes mit jeder sich nur regenden Organisation umgefrungen ist und fast alle Versammlungen verboten hat, der wird den betreffenden Beamten bei ihrem Abschied keine Thränen nachweinen."

Eine große Versammlung der Münchener Sozialdemokratie nahm in Sachen des Gesehntwurfs, betreffend die Veränderung des bayerischen Polizei-Strafgesetzbuches, folgende Resolution einstimmig an:

Die heutige von 1000 Personen besuchte Volksversammlung im Colosseum erklärt, daß sie nach ihren Erfahrungen in Bezug auf die Gesehntauslegung der bayerischen Behörden den neuen § 134 des Polizei-Strafgesetzbuches für einen bedenklichen Kaufschulparagrafen hält, welcher die Arbeiterbewegung in neue Fesseln schlagen könnte. Die Versammlung erkennt an, daß nur das entschiedene Vorgehen der "Münchener Post" dem Landtag zu seiner Geltung gezwungen hat. Sie hält es aber für eine Halbheit, daß der Wunsch der Arbeiterchaft, die Nichtanwendbarkeit dieses Paragrafen auf die Arbeiterorganisationen nicht in einer jeden Mithörsaal verhandelnden Weise im Gesehnt zum Ausdruck kam. Die Versammlung hätte gewünscht, daß der bayerische Landtag wenigstens in dieser Sache konsequent handle; da er das aber nicht gethan hat, hat er die bayerische Bevölkerung selbst aufgefodert, bei den nächsten Landtags-Wahlen Mann für Mann dafür einzutreten, daß die Sozialdemokratie im Landtage zahlreich vertreten werde, damit sie selbst die Interessen der Arbeiterklasse wahre, welche im Landtage nur Gegner hat, weil der jetzige Landtag lediglich eine kapitalistische Klassenvertretung ist. Die heutige Versammlung beschließt ferner: Die Reichsraths-Kammer wolle das Gesehnt betreffend § 134 des Polizei-Strafgesetzbuches dahin erweitern, daß ausdrücklich ausgesprochen werde, auf gewerbliche Krankenkassen, Gewerkschaftsvereine und Genossenschaftsverbände findet die vorstehende Paragrafen keine Anwendung. Weiter beschließt die heutige Versammlung: Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, die Bedenken und Wünsche der Arbeiterchaft in geeigneter Weise zur Kenntniß und Würdigung den gesehntgebenden Körperschaften Bayerns zu unterbreiten.

New-York, 2. Oktober. Die sozialistischen deutschen Arbeiter von New-York und Umgegend haben neulich wieder einmal gezeigt, daß sie an der Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter der englisch sprechenden Bevölkerung ein reges Interesse nehmen, wenn auch nur ein kleiner Bruchtheil von ihnen sich aktiv an der Bewegung betheiligte. Der Besuch auf dem für das englische sozialistische Wochenblatt "The People" veranstaltete Sängerfest war nämlich ein so zahlreicher, wie bei keiner anderen Parteiveranstaltung seit der großen Empfangsfeier gelegentlich der Ankunft des Genossen Dietrich. Es wirkten 29 Gesangsvereine mit, welche 550-600 Sänger stellten, und die Besucher wurden auf mehr als 10000 geschätzt.

Dieses für die englische Propaganda arrangirte Fest war im Uebrigen ein rein deutsches; dies trat am deutlichsten dadurch zu Tage, daß der einzige Verein, welcher ein englisches Lied sang, im Festberichte nicht einmal besondere Erwähnung fand.

Es fehlten eben die englischen Arbeiter, in deren Interesse das Fest stattfand. Sie fehlen leider auch noch als Abonnenten des Blattes, welches zu neun Zehnteln von deutschen Arbeitern gehalten wird, um es in den Kreisen der englisch sprechenden Kollegen zu verbreiten. Und das Opfer verdriekt sie auch nicht, wenn sie nur sehen, daß das Blatt wenigstens von den Leuten gelesen wird; daß sie daraus etwas lernen, ist dann immerhin zu hoffen. Damit steht es freilich noch nicht sehr ermutigend aus, wenigstens merkt man nichts davon. Doch muß andererseits auch in Rechnung gezogen werden, daß manches Samenorn auf guten Boden fallen mag, während das Aulkeimen durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse (vor Allem die fridige "Woodie"-Luft) behindert wird. Dies in Betracht genommen kann man sich sagen, daß die Arbeit der unverfrorenen Propaganda keine vergebliche ist.

Zu den "Judenverfolgungen" ist jetzt auch von hier ein Kapitel zu liefern, und zwar aus dem Staats-New-Jersey. In den Glaswerken bei Millville, in denen 2500 erwachsene Arbeiter und 1000 Knaben beschäftigt sind, hatten die Unternehmer, angeblich wegen Mangels an Lehrern, eine Anzahl jüdische Knaben engagirt, deren Eltern theilweise in den früheren "Werkbau-Kolonien", theilweise in den kleinen Orten des betreffenden Countys wohnen. Jener Versuch der Unternehmer führte zunächst zu einem Streik der übrigen Knaben und in weiterer Folge, da jene nicht in die Entlassung der Judenknaben willigen wollten und die erwachsenen Arbeiter ebenfalls zum Streik gezwungen waren — was für sie einen Verlust von 7 Dollars pro Tag machte — zur Vertreibung sämtlicher Judenfamilien in Millville und Umgebung. Die Behörden —

die Wahlen rücken heran! — hielten sich passiv. — In dem nicht weit davon entfernten Bridgeton wäre es zu gleichen Szenen gekommen, wenn der Verwalter der betreffenden dortigen Glaswerke nicht nachgegeben und die engagirten — nur vier — Judenknaben nicht entlassen hätte. — In einem andern Glaswerke bei Bridgeton sind die Arbeiter im Streit wegen geplanter Lohnreduzierung und Anstellung von Nicht-Unionleuten, während die Fensterglas-Arbeiter in Pittsburg, welche für eine Lohn-erhöhung streikten, auf die Trohng der Fabrikanten hin, Arbeiter von Europa zu importiren, an die Arbeit zurückgekehrt sind. Es scheint sich in diesem Industriezweige jetzt derselbe Prozeß zu vollziehen, der sich in den meisten übrigen Zweigen schon vollzogen hat. Die Unternehmer, welche nicht durch Vollkommenheit des Maschinenwesens den Produktionsprozeß verbilligen können, haben ihr ganzes Augenmerk auf die Verwendung billigerer Arbeitskräfte gerichtet. Und sie werden ihrem Zweck über kurz oder lang selbstverständlich erreichen, gleichwie er von den Unternehmern in anderen Industrien erreicht worden ist. Es vollzieht sich damit eine Art Ausgleichungsprozeß, der aber — auch bezügl. der Arbeiter anderer Industriezweige, welche infolge besonderer Umstände noch eine Ausnahmestellung einnehmen, fast nothwendig scheint, um die Arbeiter der betreffenden Industrien für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung empfänglich zu machen!

Es geht mit schnellen Schritten zu den Wahlen, welche in einer Anzahl Staaten stattzufinden haben, und da hört man denn allerlei überraschende Neuigkeiten, durch die konstattirt wird, daß die Arbeiter noch unentwegt als "Reformaboten" der beiden kapitalistischen Parteien zu dienen gewillt sind und damit ihren Führern Gelegenheit geben, ihr — d. h. der Führer — Interesse in ausreichendem Maße zu wahren. Bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnte ich des Umstandes, daß die Exekutive des Ordens der "Knights of Labor", nachdem das einzige republikanische Mitglied derselben schon kurz nach der letzten Generalversammlung des Ordens hinausgedrängt worden war, für die demokratische Partei "arbeitete"; es war dies wiederholt so klar zu Tage getreten, daß kein Zweifel darüber herrschen konnte, auch ohne den Umstand in Betracht zu ziehen, daß Powderly den — gutdotirten — Posten eines Weltausstellungskommisars für Pennsylvania, der ihm von den Republikanern angeboten worden, abgelehnt hatte. Auf der kürzlich stattgehabten Staatskonvention des Ordens in Pennsylvania nun wurde sowohl gegen Powderly wie zwei andere Mitglieder der Exekutive die Beschuldigung erhoben, daß sie sich von den Republikanern hätten gewinnen lassen. Und zwar müssen die Delegaten auf jener Konvention das für dringendes Beweismaterial in Händen gehabt haben, daß alle Weiswuschungsversuche der Beschuldigten nichts halfen und in verschiedenen Punkten, die von Jenen in Anregung gebracht worden waren, die Entscheidung gegen sie ausfiel. Spezielles ist freilich über die ganze Affäre nicht bekannt geworden, da die Verhandlungen in den Versammlungen des Ordens stets geheim sind und der Presse nur das mitgetheilt wird, was für die Oeffentlichkeit bestimmt ist. Es ist diesmal aber genügend mitgetheilt worden, um daraus den berechtigten Schluß zu ziehen, daß die "Chancen", welche dem Orden — d. h. wiederum den Führern desselben — von den Republikanern in der letzten Zeit geboten wurden, günstigere sind, als die durch die Demokraten in Aussicht gestellten. Dies heißt indessen nicht auf, daß für die Ordensführer im Staate Pennsylvania die "Arbeit" für die demokratische Partei profitabler ist, da letztere in dem staal republikanischen Staate schon etwas leisten muß, um auf die Beine zu kommen. Ich theile diese Affäre, die für die Arbeiterbewegung im Allgemeinen weiter keine Bedeutung hat, als Charakteristikum der Art mit, an denen man den Stand der Dinge am besten beurtheilen kann.

Im Staate New-York sind Seitens der sozialistischen Partei alle Vorbereitungen getroffen, um energisch in den Wahlkampf einzutreten. Prof. De Leon befindet sich schon seit 14 Tagen auf einer Agitationstour durch den Staat; seine Versammlungen finden nicht, wie dies sonst nothwendigeren der Fall war, in den Wirtschaftskafalen der deutschen Viertel statt, sondern in den City-Halls (Katholiken) und sonstigen öffentlichen Lokalen — so weit dieselben hergegeben werden. Zu den Orten, welche De Leon bisher besucht, war infolge dessen die Theilnahme der englisch sprechenden Arbeiter eine erfreuliche; auch legten dieselben großes Interesse für die Ausführungen des Redners an den Tag. Damit ist freilich immer noch nicht gesagt, daß sie diesmal von der alten Gewohnheit ablassen, für die demokratische oder republikanische Partei zu stimmen, gleichwie sie auf den Pferdebrennen aus das eine oder andere Pferd wetteiten — wie sich neulich der amerikanische Sozialist Wislitzki ausdrückte —, indessen ist schon sehr viel (für die Zukunft) damit gewonnen, wenn man nur an die Leute heran kann, die sonst während der Wahlperioden von den politischen Trahlsiebern vor allen "fremden" Einflüssen bewahrt werden. — Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß diesmal mindestens die Stimmengahl erreicht wird, welche die Differenz in der Stärke der beiden "großen" Parteien ausmacht, 20000 (gegen 14000 bei der vorigen Wahl). Es ist aber eine Ueberschwänglichkeit, wenn die "Volks-Zeitung" schreibt: "Unsere Stimmen sollen und werden die schätzigen Proletarier-Millionen Amerikas anfrüchten zum Lichte der Erkenntniß ihrer Klasseninteressen" u. s. w. Das Resultat wird sich erst infolge ganz anderer Einwirkungen vorbereiten, und dann mag der äußere Anlaß zu einem Umschwung in der Denkwelt der amerikanischen Arbeiter durch einen hervorragenden Wahlerfolg der Sozialisten gegeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Ein Artikel, in welchem mitgetheilt war, daß Luther durch Selbstmord geendet habe, führte den Redakteur des "Thüringer Volksblattes", Hofmann in Saalfeld, zum dritten Male vor die Richter. Das Urtheil fiel wie früher aus: 100 M. Geldstrafe eventuell 6 Wochen Haft. Der genannte Redakteur ist seit davon überzeugt, daß ein höherer Gerichtshof anders über den Tod Luthers denken wird, als das Saalfelder Schöffengericht, welches jenes Urtheil fällte.

Der Redakteur Gustav Stengele von der "Norddeutschen Volks-Zeitung" (Ottensen) hatte eine Korrespondenz aus Neumünster veröffentlicht, in welcher es hieß, daß in der dortigen Fabrik von Mederns und Sohn Watto polizeilich beschlagnahmt worden wäre, welche mit Blut und Eiter beschmutzt gewesen sei und zur Herstellung von Waaren, Bekleidungsgegenständen, dienen sollte. Diese rühre wahrscheinlich von Krankenhäusern her. Auch fertige Waaren, Leinen für Auswanderer, Tricotagen u. dgl., seien beschlagnahmt, die vermuthlich aus solcher Watto hergestellt gewesen. Die Mittheilung dieser Thatsachen wurde von einem Mänonement begleitet, das solche Vorkommnisse in schärfster Weise rügt, sie als einen Anlaß der Profanität hinstellt und am Schluß war die Erwartung ausgesprochen, daß der Staatsanwalt die Schuldigen ermitteln und das Gericht sie streng bestrafen würde. Darauf klagte Mederns, welcher nachher in dieser Angelegenheit freigesprochen worden war, wegen Verleumdung. Das Gericht sprach jedoch den Redakteur Stengele frei und legte dem Privatkläger alle Kosten, einschließlich der dem Verklagten erwachsenen Auslagen, auf. Das Urtheil wurde damit begründet, daß die in der fraglichen Notiz enthaltenen Thatsachen wahr und erwiesen seien.

Wegen Anstiftung bez. Vernahme von unerlaubten Geldsammlungen waren die Parteigenossen Franz Hofmann in Chemnitz und Emil Müller in Hohenstein vom Amtsgericht zu Hohenstein zu 80 M. Geldstrafe event. 6 Tagen Haft und zu den Kosten verurtheilt worden. Das Landgericht zu Weidau, an welches sie appellirten, erkannte jedoch auf Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse zur Last. Redakteur Fr. Seuder vom "Offenbacher Abendblatt" hat wegen Veröffentlichung des Inhalts zweier Strafbefehle, wodurch er sich nach Ansicht des Gerichts gegen § 17 des

Pressegesetzes verging, 20 M. Strafe und die Kosten des Verfahrens zu zahlen.

Von der Auflage, die preussische Armeeverwaltung beleidigt zu haben, wurde der Parteigenosse W. G. Wehr in Eberfeld von der dortigen Strafkommission freigesprochen. Er sollte in einer Rede über die Alters- und Invalidenversicherung nach der Angabe des überwachenden Beamten gesagt haben: "Die Staatsverwaltungen schicken ihre Arbeiter, sobald sie das 40. Lebensjahr erreicht haben, fort und geben somit den Privatunternehmern mit diesem Beispiel voran." Wehr bestritt, sich so ausgedrückt zu haben; er hätte gesagt, was allgemein bekannt sei, daß die Staatsverwaltungen Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr annehmen. Verteidiger Rechtsanwalt Landó beantragte, daß die von Zeugen in jener Versammlung gemachten Notizen, wonach der Bericht ausgearbeitet sei, zur Verlesung gelangen sollten, was letzteren sofort veranlaßte, zu erklären, daß er über die Art seiner Verichterstattung die Aussage verweigern müsse. Auch der Gerichtshof lehnte, nachdem er Einsicht in die Notizen genommen, die Verlesung derselben ab. Der zweite Zeuge, ein Polizeifergeant, verwickelte sich in Widersprüche und die Entlastungszeugen sagten das Gegentheil der Anklage aus, bezw. erklärte der eine derselben, nichts gehört zu haben. Trotz allem beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängniß; das Gericht erkannte aber, wie erwähnt, auf Freisprechung.

Das Reichsgericht hat das gegen Max Wagniski, den Redakteur des in Langenbielau erscheinenden "Proletarier" ergangene schweidmiger Urtheil zum Theil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die erste Instanz zurückverwiesen.

Im Orte Nieder, meldet die Halberstädter "Sonntags-Zeitung", hat der Herr Gendarm jenes Ortes, ferner den "Wahren Jakob" und den "Neuen Welt-Kalender" konfisizirt. Jedemfalls wird sich der Gendarm an diesem einen Male genügen lassen, denn seine vorgekehrte Behörde dürfte ihn wohl instruiren, daß jene Thot nicht seines Amtes war!

Eine für Nachts angemeldete Versammlung hat die Hamburger Polizei verboten, bezw. nicht genehmigt. Diefelbe wollten die Bediensteten der Pferdebahnen und sonstiger Fuhrwerks-Betriebs abhalten, welche bei Tage und meist auch spät Abends noch keine Zeit haben, Versammlungen zu besuchen. Beschwerde gegen das merkwürdige Verbot ist eingereicht.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 22. Oktober d. J., Nachmittags 5 Uhr. Vorlage, betr. die Aufnahme von sieben Personen in das Nikolaus-Bürger-Hospital. — Vorlage, betr. die Bewilligung einer Beihilfe für die Stabes-Stiftung. — Deagl., betr. die Beschaffung des Wassers für die in der Doppel-Badeanstalt hinter dem Schulgrundstücke Wählfenstr. 50 einzurichtenden Brausebäder. — Deagl., betr. die Anfrage von Mitgliedern der Versammlung wegen Errichtung eines Gewerbegerichts in Berlin. — Deagl., betr. die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Berathung über die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für die Rosenstraße. — Deagl., betr. den Austausch eines städtischen Grundstücks an der Rummelsburg-Köpenicker Chaussee gegen ein an der Spree zwischen Treptow und dem Tierchaussee gelegenes Privatgrundstück. — Deagl., betr. den Ankauf des Grundstücks Prinzen-Allee 2 bis 83, sowie die Errichtung einer höheren Bürgerschule in den Räumen dieses Grundstücks. — Deagl., betreffend die Verlängerung des Mietbvertrages über die Räume der 8. höheren Bürgerschule in dem Hause Nr. 18/19. — Deagl., betr. die von dem Herrn Oberpräsidenten erfolgte Genehmigung der Gehaltsfestsetzung für die Stelle des zweiten Bürgermeisters. — Deagl., betr. die Projekte für mehrere Koloniegebäude, die Kapelle und das Leichenhaus, sowie zu einem Wirtschaftsgebäude auf dem Grundstücke für Epileptische bei Wiesdorf. — Deagl., betr. das Projekt zum Bau eines Frauenwohnhauses nebst Treibhaus, sowie des Leichenhauses auf dem Grundstücke der Irrenanstalt zu Lichtenberg. — fünf Rechnungen. — Verichterstattung des mit der Vorbereitung der Wahl des zweiten Bürgermeisters beauftragten Ausschusses. — Deagl., betr. den Ablauf der Wahlzeit von zwei Rathsmannern. — Vorlage, betr. eine Verleihung eines Ehrenbürgerrechts.

Außerdem findet in dieser Sitzung um 6 Uhr die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths statt.

Soziale Uebersicht.

Die Bäckereien Kölns haben infolge einer neuen mit dem nächsten Jahre in Kraft tretenden Polizei-Verordnung am ersten Feiertage der höchsten Feste (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) jeglicher Arbeit sich zu enthalten. Den Gehilfen ist ebenfalls jegliche Arbeit an diesen drei Tagen untersagt. Ancheinend wird die neue Verordnung schon am bevorstehenden Weihnachtstische von vielen Bäckereien befolgt werden. Bekanntlich ist das Bäckergewerbe das einzige aller Gewerbe, in welchem selbst an Sonn- und Feiertagen, trotz der meist zwölfstündigen Nacharbeit, keine bestimmte Ruhezeit festgesetzt war.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Anzeigenarten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Auf den Sprechsaal-Artikel des "Vereins Berliner Kolportage-Buchhändler" vom 4. d. M. haben wir zu erwidern, daß wir von unserem Ruf nichts zurückzunehmen haben. Wir betonen nochmals, daß unser Bestreben absolut nicht dahin geht, Parteigenossen ihre Kundchaft zu entziehen, sondern wir nur dem Wunsch Ausdruck verleihen haben, die Parteigenossen möchten ihre Leidensgefährten, die meistens im Kampfe zu Boden geschleudert wurden, nach Kräften unterstützen. Nachaktionen, welche uns von den Herren untergeschoben werden, weisen wir entschieden zurück. Wir überlassen es überhaupt den Parteigenossen selbst, die beiderseitigen Kundgebungen zu vergleichen und zu beurtheilen.

Im Auftrage der Freien Vereinigung selbständiger Kolporteurs Berlins: Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Aufträgen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwoort wird nicht ertheilt.

H. Jänike. Bericht erst Dienstag früh erhalten. Bitten künftig immer nur auf einer Seite des Papiers zu schreiben. Verichtigung. Im Versammlungsbericht der Wittenberg-Torgauer Parteigenossen (Nr. 24 des "Vorwärts") ist Zeile 15 "Frage" anstatt "Freige", ferner Zeile 19 anstatt "Große" "Frage", endlich Zeile 25 "Gresse" anstatt "Große" zu lesen.

Ein Zigarren-Geld, in welchem eine Sammeliste Nr. 2749 sowie für 6.15 M. abgestempelte Bonds für den Wittenberg-Schweidmiger Kreis enthalten waren, ist am 4. Oktober verloren gegangen. Abzugeben bei Gresse, Colmnstraße 5, Hof 1, bei Lutz.

Theater.

Mittwoch, den 21. Oktober.
Opernhaus. Cavalleria rusticana.
 Vorher: Prometheus.
Schauspielhaus. Maria Stuart.
Deutsches Theater. 654 von Ver-
 lingen.
Berliner Theater. Ein Tropfen Gift.
Lesing-Theater. Eine Geldheirat.
Residenz-Theater. Von Dreien der
 Glücklichste. — Vorher: Besuch nach
 der Hochzeit.
Wallner-Theater. Sportgeschichten.
 Darauf: Bewagte Mittel.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Der Vogelhändler.
Thomas-Theater. Herr und Frau
 Doktor. — Der Präsident.
Offend-Theater. Die Grille.
Selkenthaler-Theater. Jung-
 Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der
 große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze
 Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Winter-Gärten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-
 Vorstellung.

heater d. Reichshallen
 Großer Erfolg!
Brüder Beiso
 und das Wanderthier.
 6 Londoner Backfische.
 Maria la Bonita.
 Chas Haydn.
 Avolo Boys.
 u. f. w. u. f. w. Anfang 7 1/2 Uhr

Gratweil'sche
Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Klupfänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Kegelbahnen
 6 Billards, 2 Caffe. 1189L

Stablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion J. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer
 Export-Bier, Seibel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-
Panopticum
 und
Theater
Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzeß Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Präuscher's anatomisches
MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 Tägl. von früh 9 b. Ab. 10
 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. [1421L]

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 75

Welt-Restaurant,
 Dresdenerstr. 97.
Täglich Nordd. Sängere.
 II. Saal Austr. d. Damen Fr. Golzsch,
 Fr. Leander und des Hrn. Schröder
 und Elmano.
 Anf. 7 Uhr. Entree 15 Pf., Sonnabend
 20 Pf., Sonntag 30 Pf. inkl. Progr.
 4 Kegelb., 3 Billards, 3 Orchestrions.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Mittwoch, den 21. Oktober, Abends
 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“,
 oder: „Ebbe und Fluth“, große
 hydrol. Ausstattung; Pantomime in
 2 Akte mit Nationaltänzen (80 Damen),
 Aufzüge u., Dampfschiff- und Boot-
 fahrten, Wasserlöcher, Riesen-Pantänon
 mit allerlei Schießfellen u., arrangirt
 u. inszenirt vom Dir. E. Renz. Kunst-
 schwimmerinnen 3 Geschw. Johnson.
 Schluß-Tableau: Grande Fontaine lu-
 minouse, in einer Höhe von mehr
 denn 80 Fuss ausstrahlend. Außerdem:
 4 hohe Schulen, ger. von den Damen
 Fräul. Clot. Hager, Oceana Renz, Vidal
 und der jungen Helga Hager. Agat,
 Feuerpferd, dress. u. vorgef. v. Herrn
 Franz Renz. Schulpferd Emporor, ger.
 v. Herrn Gaberol. 4 Gebr. Briatore,
 weltberühmte Akrobaten. Sisters La-
 wrence am H. Trapez. Auftreten der
 Reittänzerin Mlle. Mario Chiarini,
 sowie der Reittänzerin Herrin P. Chiarini
 u. Alex. Briatore u. Komische Inter-
 mezzos von sämtl. Klowns.
 Täglich: „Auf Helgoland.“
 Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm.
 4 Uhr (ein Kind frei); Auf vielseitiges
 Verlangen: „Die lustigen Geidel-
 berger.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf
 Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Harl-Platz, Ecke Karlstr.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-
 Vorstellung mit neuem Programm.
 Besond. hervorzuheben: Altdenische
 Quadrille, von 6 Damen u. 6 Herren
 geritten. Mr. Loyal, Jockey. Pas de
 deux gracieuse von Ms. Adelo u. Mr.
 Joe Hodgins. Martinelli, Equilibrist.
 12 Rapphengste, in Freiheit vorgeführt.
 Reittänzerin Miss O'Mears. Salto-
 mortal-Reiter Alexander. Abd-el-Kader
 i. d. Kampfschule ger. v. Fräul.
 Adelo Schumann. Komische Entrees
 der Klowns Little Prod, Tanti, Baptiste,
 Gebr. Chianchi, Nipp u. Tripp u. c. Zum
 19. Male: Eine Nacht in Venedig.
 Neueste Original-Wasser-Pantomime in
 zwei Akte, mit sensationellen
 Licht- und Wasserreflexen, als: groß-
 artiger, mit elektrischer u. bengalischer
 Beleuchtung versehener Original-
 Wasserfall. Ein mit circa 300
 Wasserstrahlen und ebenso vielen
 Glühlampen versehener Kranz um die
 Manege. Grossartiger Effekt einer
 grossen Fontaine (v. d. Weltausstel-
 lung in Paris), drei wasserspielenden
 Nilpferden, ferner: Ruderbootfahrten,
 Serenaden auf dem Wasser, Brücken-
 sturz u. und diversen neuen höchst
 komischen Einlagen. Alles Original!!
 Keine Nachahmungen!!
 Morgen: Große Vorstellung. Neues
 Programm. Eine Nacht in Venedig.

Nebelin's Restaurant
 108 Langestraße 108,
 empfiehlt sich zur geeigneten Beachtung.
 Ein kleiner Saal steht Sonnabends
 Vereinen u. zur Verfügung. 1827L

Den besten bayrischen
Schmalzler,
 aus echtem Präparat, sowie
 ihre rühmlichst bekannten
Rauch-, Kau- und Schnupf-
Tabaksorten empfehlen
Schwarz & Comp.,
 Tabakfabrik, Nürnberg,
 Marienvorstadt,
 4, Gleichhül-Strasse 4.
 Versand von Schmalzler von
 7 Pf. an franko. [1448L]

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23, S. 7.
Gardinen-
Fabrik
Bruno
Güther,
 Berlin O.,
 Grüner Weg
 No. 80,
 zwisch. Andreas- u.
 Kopenstr., part.,
 Eingang v. Blur,
 offerirt als Spezialität:

Engl. Tüll-Gardinen
 in vorzügl. dauerhafter Waare, Meter
 v. 45 Pf. an bis zu den elegantesten.
 Seit. Schweiz. Tüll-Gardinen, Muss-
 m. Tüll-Gardinen u. Konarab-Stoffe.
 900 Gardinen-Reste
 in allen Genres, zu 1-4 Fenstern
 passend, unter dem Selbstkostenpreis.
 Sopha, Tisch, Kommoden, Bett-
 und Steppdecken, Rouleaux, Kanten
 und Stoffe in größter Auswahl. [1441L]
 Neuheiten treffen täglich ein.
 Alles eigenes Fabrikat.
 Beste Ornith., Pferde-u. Stadtbl. 228L

Unserm Freund u. Genossen Max
 Brödel zu seinem heut. Geburtstag die
 besten Glückwünsche. Mehrere von R.
 Unserm Genossen, dem Pantomistischer
 Albert Wieso, zu seinem heut. Wiegen-
 ein denn. Hoch. Ra. Albert, merkst Du
 nicht? Die versumpften rothen Brüder.
 Ein denn. Hoch unserm Freunde u.
 Gen. E. Zochert z. sein. heut. Wiegenf.
 Seine, merkst nicht v. w. d. Statede?
 Unserm Freund u. Genossen Robert
 Lempert zu Steglitz zu seinem heutigen
 Wiegenfeste ein dreimal donnerndes
 Hoch. J. B. V. Sch. [2192b]
 Unserm Genossen H. Quest ein don-
 nerndes Hoch zu seinem heut. Wiegen-
 feste. Die rothe S. I. Berlin. [2187b]

Freie Vereinigung.
 Allen in der Papierindustrie beschäf-
 tigten Arbeitern und Arbeiterinnen zur
 Nachricht, daß unser Mitglied Herr-
 mann Sonntag, den 18. Okt., an der
 Proletarietkrankheit gestorben ist. Die
 Beerdigung findet Mittwoch, Nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
 des St. Markuskirchhofes in Wilhelm-
 berg aus statt. Um rege Theilnahme
 bittet Der Vorstand. [2547]

Edesnachricht. Am Sonnabend,
 den 17. d., Ab. 7 1/2 Uhr, verschied nach
 langem, schwerem Leiden unser ehem.
 Meister u. Mitarbeiter Herr. Kranz
 im 81. Lebensjahre. Ehre seinem An-
 denken! Die Beerdigung findet Mitt-
 woch, den 21. Nachm. 2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Neuen Thomaskirch-
 hofes aus statt. Die Kollegen der
 Firma G. Hauschild, Stralau. [2191b]

Achtung!
Stuckateure!
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Stuckateure und Berufs-
 genossen Berlins und Umgegend am
 Donnerstag, den 22. d. M., Abends
 7 1/2 Uhr, bei Herzfeldt, Grenadier-
 straße 88. Tagesordnung: 1. Bericht-
 erstattung der Kommission zur Ueber-
 wachung der Fensterpreise. 2. Dis-
 kussion. Die Kollegen werden ersucht,
 in dieser Versammlung Mann für
 Mann zu erscheinen. 808/3
 Die Vertrauensmänner.

Achtung, Moabit!
 Allen Freunden und Bekannten, so-
 wie den Mitgliedern des Metall-
 arbeiter-Verbandes und der Metall-
 arbeiter-Krankenkasse die Mitteilung,
 daß ich mein Geschäft im neuen Lokale
 Ecke Siemens- und Gendenerstraße er-
 öffnet habe und halte mich zur Zu-
 sicherung bester Bedienung bestens em-
 pfohlen. 1450L
 L. Vieh, Restaurateur,
 früher Birkenstr. 24.

Die der Frau Ehr. Schmidt, Kloster-
 straße 16, von mir geg. Beleidigung
 ist unbegründet, u. erkl. dies, als eine
 ehrenhafte Person. 2194b
 W. Scholz, Kesselstr. 8.
 Die ausgesprochene Beleidigung gegen
 Herrn Albert Siegel, Bäckerstr. 10,
 nehme ich hiermit zurück und erkläre
 dieselbe für unwahr. 2193b
 Erik Schalehke, Bäckerstr. 7.

Kohrtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantirt
stetig brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Kohrtabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Hade'schen Markt. [746]

Gut Nordhäuser Kautabak
 aus der Fabrik v. Hendess & Schuman
 Inhaber Hermann Kossler
 Nordhausen a. S.
 zu Fabrik-Preisen.
H. Czerwonka, Friedenstraße
 Nr. 50,
 Kautabak-Kommission-Export-Geschäft.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof partier.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Stempel H. Guttman, Grunnen-Strasse 9.
 Mein Cigarren-Geschäft befindet
 sich
 Leberstr. 1, Ecke Gr. Frankfurter-
 straße.
Hippolit Szubert.
Verfertiger
von Pianinos
 von guter, dauerhafter Konstruktion und
 Klang, bei mäßigen Preis zum **Wier-**
derverkauf werden um Offerten er-
 sucht unter H. 1. 28492 durch Rudolf
 Mosse, Halle a. S. 361M

Buchdrucker Berlins!

Donnerstag, den 22. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:
Allgem. Buchdrucker-
Versammlung
 im großen Saale der „Bock-Bräuerei“
 (Tempelhofer Berg).

Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die gegenwärtige
Situation. 2. Verschiedenes.
 Kollegen! Da in dieser Versammlung event. Mass-
 nahmen getroffen werden sollen, die für jeden Einzelnen
 von weittragendster Bedeutung sind, so hoffe ich, daß
 die Kollegen vollzählig erscheinen werden.
 Mit kollegialischem Gruß
H. Besteck,
 Zoffenerstraße Nr. 29, 2 Tr.

Deutscher Tischler-Verband.

General-Versammlung
 am Donnerstag, den 22. Oktober d. J., Abends 8 Uhr, bei
 Feuerstein, Alte Jakob-Strasse No. 75.
 Tagesordnung: Wahl der Ortsverwaltung Zahlstelle Berlin.
 Aufnahme von Mitgliedern von 7 1/2 Uhr ab in der Versammlung, so-
 wie Sonnabends Abends von 8-10 Uhr auf folgenden Stellen: Hente,
 Blumenstraße 88; Jubel, Naunynstraße 88; Scheuer, Eisenaustraße 85;
 Kling, Wiltonstraße 82; Gnadt, Brunnenstraße 88. Dasselbst kann die neueste
 Nummer der Zeitung in Empfang genommen werden.
 325/1 Der Bevollmächtigte.

Central-Möbel-Halle.
Möbel
u. Ausstattungen
 auf Theilzahlung [1414L]
 Ecke Alexandrinenstr. Kommandantenstr. 51, Alexandrinenstr.

Empfehle den Parteigenossen meine
Glaserei, Spiegel- und Bilder-Einrahmung.
 Lager von Silber bewährter Volksmännig. Sinnprüche in fauberster
 Ausführung. **Spezialität: Neu! Lassalle und Marx. Neu!**
 Nach Original auf Kupferdruckpapier. Größe 52 x 42 cm., besonders
 empfehlenswerth, à Stück 1,25 M. — Den Vorständen der Gewerkschaften
 und Fachvereine empfehle ich mich zur Versorgung von Silber. Nach aus-
 wärts brieflich gegen Nachnahme. **Wiederverkäufern Rabatt.**
 1449L **Carl Scholz, Wrangelstraße 32.**

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle,
 Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Zylinderknäulen,
 Manschettenknöpfen, Stöcken und Brochen. Güten. En gros. En détail.
B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenhaler Thor.

Landwolle,

reine Schafwolle, garantiert nicht einlaufend, Schock 25 Pf., nur
 allein zu haben bei
R. Stock, 119 Wrangelstraße 119,
 gegenüber der Markthalle.

Möbelspeicher Oranienburgerstr. 88, Hof geraden
 dicht beim Haack'schen Markt find:
 Kleiderspinden, Wäschespinden, Bettstellen, Sopha, Spiegel, Tisch,
 Stühle, Kücheneinrichtungen etc. stets vorräthig. Kein Abzahlungsgeschäft.
 Eigene Tischlerei u. Tapezierer-Werkstatt, daher billigste Einkaufsquelle. [1033L]

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren
 reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Aus-
 stattungen in Mahagoni und Kirschbaum; Küchen-
 möbel in großer Auswahl empfiehlt
Franz Tutzauer, Süd-Ost,
 Köpenickerstr. 25.
 1207 L

Cohn's Hojen- u. Anzugfabrik
 Pallisadenstr. 7, unweit d. Büchingspl.
 größtes Lager u. billigste Bezugsquelle
 Berlins, arbeitet aus besten und ver-
 kauft im Einzelnen: Knabenhosen von
 1 M. an, Jaden 1,50, Herrenhosen 1,50,
 Knabenanzüge 2 M., Burschenanzüge
 3,50, Herrenanzüge 12 M. Nach Maß
 ohne Preisermäßigung. Gliden gratis.
 7 Pallisadenstraße 7. [810L]

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Marl. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pf. 60 Fig.
 1274L **H. F. Dinslage,**
 Rotbuserstr. 4, Hof part.

1
 Nr
 An
 2
 getre
 famm
 Sä n
 te f
 P
 Pa
 C
 einer
 da run
 n off
 n u
 blie
 Schre
 beleg
 nahme
 G
 tra g
 zu
 Di
 2
 erfüllt,
 Mensch
 bestie
 Pflicht
 richten,
 unter
 Geist u
 weid
 daburd
 welcher
 Sprach
 seht w
 gänglich
 De
 begrün
 tag soll
 weiser"
 Si
 Seine
 die un
 scheinen
 die durc
 Exempel
 Sie er
 laufen
 Bücher
 Schre
 literatur
 eine
 Antrag
 er durch
 er sucht,
 deshalb
 man ih
 Pla
 der Par
 An
 2
 meisten
 Parte
 Lokale
 stiebige
 beante
 eines
 dem
 politis
 sowie
 unter
 Die R
 Louis
 R. G
 Fr
 Bith, 2
 G
 W. Wei
 S d
 Tribüne
 Bindgl
 der, G
 höchst
 Zentral-
 S d
 Fr
 Er
 nämlich,
 politis
 Wälder,
 das We
 W d
 aber die
 B I
 Der sch
 werde
 Weider
 verlag,
 heraus
 Si
 der Bra
 läge ni
 leistung
 mit für

An die Parteigenossen Berlins!

Wir hören, daß die gestern aus der Partei ausgeschiedenen Mitglieder der Opposition heute eine Versammlung über den Parteitag anberaumen lassen. Sämtliche Berliner Delegirten protestiren dagegen, daß vor Schluß des Parteitages unter Parteigenossen über den Parteitag verhandelt wird.

Erfurt, 20. Oktober 1891.

Für sämtliche Berliner Delegirte:
Mehner.

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erfurt, den 20. Oktober.

Sechster Verhandlungstag.

Kloß eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit der Mittheilung einer langen Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen, darunter eines von den Landproletariats-Friedbergs. Die Genossen Säden-scheid's theilen gleichzeitig mit, daß sie bei den Wahlen zum Gewerbegericht Sieger geblieben seien.

Von der Redaktion der „Berliner Volks-Tribüne“ ist ein Schreiben eingelaufen, welches sich unter Beibringung zahlreicher Belegstellen gegen die Behauptungen Vollmar's über die Stellungnahme dieses Blattes zum nächsten Kriege wendet.

Es wird in die Tagesordnung: Berathung der Anträge eingetreten.

Zunächst werden Anträge über die Presse verhandelt.

Die Genossen in Breslau und Dortmund beantragen:

„Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongress beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Gefühl der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt werden und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.“

Der Antrag wird, nachdem ihn Genosse Winkel, Breslau, begründet, angenommen.

Gustav Semler in Lunz nau beantragt: „Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „literarischen Wegweiser“ herauszugeben.“

Singer hält den gutgemeinten Antrag für ansichtslos. Seine Konsequenz wäre, daß die Parteigenossen nur Bücher lesen, die unter hoher obrigkeitlicher Approbation des Vorstandes erscheinen. Ein Wegweiser für die sozialpolitische Literatur sind die durch die Partei-Buchhandlungen in hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten Zusammenstellungen von Parteischriften. Sie ermöglichen jedem Parteigenossen zu wissen, was er sich kaufen soll. Auf diesen Gebieten der Literatur seien zudem nur Bücher vorhanden, die vom Geist der Gegnerschaft gegen unsere Bestrebungen erfüllt sind. Mehner erinnert an die Geschichtsliteratur. Keine Parteileitung würde die Verantwortung für eine solche Zusammenstellung übernehmen können. Der Antrag ist entweder ein Schlag ins Wasser oder, wenn er durchgeführt wird, wirkt er schädlich und verderblich. Mehner ersucht, den Antrag abzulehnen. Wollte man die Ablehnung deshalb nicht, weil ein guter Kern in ihm vorhanden, so wolle man ihn dem Vorstande zur Erwägung überweisen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird beschloffen, den Antrag der Parteileitung zur Erwägung zu überweisen.

Antrag Schulze-Königsberg und Genossen:

„Es sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein beachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Die Königsberger Genossen: Carl Schulze-Königsberg, Louis Pichmann, Karl Wendt, H. Drachholz, A. Leopoldt, H. Greiner, H. Trautwein, Hilg. H. Müller, Farnstadt, Fritz Schmidt-Friedberg, Ferdinand Ewald-Brandenburg.

Unterstützt durch:

Willy. Voerner, St. Fröh. Stengel, F. Storch, Rob. Wenzel, Emil Busch, Franz Trüchtler, Aug. Jakobey-Berlin, W. Weidner, Otto Jochen, O. Woffermann, Emil Schade, Robert Heine, G. Michaelis, Dr. Kiesel.

Schulze-Königsberg begründet den Antrag. Die „Volks-Tribüne“ befriedige die Genossen nicht mehr. Ein geistiges Bindeglied unter den Genossen im In- und Auslande, wie es der „Sozialdemokrat“ war, müsse geschaffen werden. Mehner bedauert nicht die Konkurrenz, die den Provinzialblättern aus einem Zentral-Wochenblatt erwachsen würde.

Schade-Stendal tritt für den Antrag ein.

Frohme-Altona hat schwere Bedenken gegen den Antrag.

Er gehe von einer trigen Voraussetzung aus, der nämlich, daß die Lokalblätter keine so gute allgemeine politische Uebersicht bringen, wie der „Vorwärts“. Zahlreiche Blätter, für die große Geldopfer geleistet werden, würden durch das Wochenblatt ruinirt werden.

Wendz-Kamenz ist mit dem „Vorwärts“ zufrieden, hält aber die Gründung eines Wochenblattes für notwendig.

Wos-Stuttgart stellt sich auf den Standpunkt Frohme's.

Der scharfe Konkurrenzkampf zwischen den jetzigen Wochenblättern werde durch das Zentral-Wochenblatt nur erhöht werden.

Mehner wünscht aber doch den Gedanken nicht ohne Weiteres von der Hand gewiesen, nur seine Ausführung so lange verlagert, bis die Lokalpresse aus dem gegenwärtigen Zustand heraus ist.

Singer: Seit Monaten hat sich der Parteivorstand mit der Frage der Gründung eines Zentral-Wochenblattes beschäftigt. Die Frage der Gründung eines Zentral-Wochenblattes vor, so hätte die bisherige Parteileitung selbst einen ähnlichen Antrag gestellt. Ein Grund, der mit für ein solches Zentral-Wochenblatt spricht, ist bisher nur

gestreift worden. Wir müssen den Genossen im Auslande die Möglichkeit bieten, die Bewegung in Deutschland zu verfolgen und von allen Vorgängen bei uns Kenntnis zu nehmen. Seit der „Sozialdemokrat“ sein Erscheinen einstellte, hat die bittere Klage, daß kein Ersatz geschaffen, gerade im Auslande nicht aufgehört. Der „Vorwärts“ ist zu theuer; manchen im Auslande fehlt die Zeit, ihn zu lesen. Der Mangel eines Zentral-Wochenblattes, der Mangel an genügender Kenntnis und Beobachtung über die Fortschritte und die Entwicklung der deutschen Bewegung fördere die Anarchisterei im Auslande. Ein Gegengewicht gegen die anarchischen Organe ist geboten. Aber auch für das Inland ist ein prinzipiell gehaltenes Wochenblatt eine Nothwendigkeit. Es darf freilich nicht der Abklatsch eines anderen Blattes oder ein Auszug aus ihm sein. Ein besondere Redaktion müßte für das Blatt eingerichtet werden. Gerade jetzt ist es mehr denn je notwendig, prinzipielles Verständnis für unsere Ziele in die weitesten Kreise zu tragen. Ich bin überzeugt: Wenn ein solches Blatt bereits bestände, würden die Angriffe von rechts und links in der Partei, wie sie uns in den letzten Tagen beschäftigt haben, nicht möglich gewesen sein. Ich glaube auch nicht, daß den lokalen Blättern der Partei ein Nachtheil erwachsen würde. Die Parteigenossen werden nach wie vor an ihren Blättern festhalten. Das neue Blatt kann naturgemäß die Lokalblätter nicht ersetzen. Wir wollen das Blatt „Sozialdemokrat“ nennen in Anknüpfung an den vorsozialistengesellschaftlichen „Sozialdemokrat“. Da indessen erwerbswerthe Bedenken hier laut geworden sind, so schlage ich vor, den Antrag dem neuen Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Seyer-Kottbus erklärt seine Zustimmung zu diesen Ausführungen.

Föf-Mainz: Der Parteitag ist souverän, zu entscheiden. Dem Vorstande kann der Antrag nicht zur Erwägung überweisen werden. Mehner bekämpft die Gründung eines Zentral-Wochenblattes.

Grillenberger tritt warm dafür ein. In Berlin müßte das Zentral-Wochenblatt erscheinen, dort, wo das politische Leben am stärksten pulsiert.

Schmidt-Burgstädt bekämpft ihn. Der Parteitag lehnt den Antrag Schulze gegen eine erhebliche Minorität ab.

Antrag Auerbach und Genossen:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.“

Der Antrag könnte nicht zur Verhandlung kommen, da Auerbach aus der Partei ausgeschieden, wenn er nicht von Nielsen-Johannisthal aufgenommen würde.

Nielsen begründet den Antrag.

Scherer beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Dierfür erklärt sich die Majorität.

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Ramenz in Berlin beantragen:

„Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um sachliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen.“

Herbert-Stettin beantragt:

„Zur Förderung der Agitation auf dem Lande sollen keine, den Verhältnissen in den verschiedenen Theilen des Landes angepaßte Broschüren gratis vertheilt werden. Den Inhalt haben die Genossen in der Provinz, welche die Verhältnisse genau kennen müssen, zu liefern. Die Kosten der Herstellung und Vertheilung hat der Parteivorstand zu bewilligen.“

Ueber beide Anträge wird zusammen verhandelt.

Börner-Berlin hält den ersten Antrag für wenig richtig, der ganze Partei-Agitationsfonds sei ja dazu da.

Singer stimmt letzterem zu. Den Agitationsfonds haben wir ja, und der würde um gerade soviel geschwächt werden, als der Separatfonds einnehmen würde. Ferner ist das „nur allein“ total falsch, das gesprochene Wort ist wichtiger. Betreffs der Wünsche Herbert's geschieht das Mögliche schon. Die Hauptsache ist, die Broschüre zu schreiben. (Beifall.) Ich habe zwar das Material nicht bei mir, aber die Parteibuchhandlung ist in sehr zahlreichen Fällen angewiesen worden, unsere Literaturerzeugnisse gratis zu versenden. Nehmen Sie die Anträge ab!

Frohme: Es sei ein Verthum, daß für die Agitation im ländlichen Proletariate die Literatur das Wichtigste sei. Aus dem Kreise der ländlichen Arbeiter selbst müssen die agitatorisch befähigten Personen gewählt werden. Nehmen Sie den Antrag ab!

Die Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

„Antrag zur Errichtung eines statistischen Bureau's.“

In Anbetracht, daß das Bedürfnis nach einer Statistik der Arbeiterverhältnisse ein tief und überall gefühltes ist;

in fernem Anbetracht, daß den bis nun vor den Gewerkschaften und anderen Korporationen in Angriff genommenen Statistiken Einseitigkeit, Ueberschlichkeit und Vergleichbarkeit häufig abgeht, dies aber Eigenschaften sind, welche die Statistik erst werthvoll machen;

in endlichem Anbetracht, daß oft die Personen fehlen, welche die Zeit und Fähigkeit haben, zweckdienlich die Statistik vorzubereiten und die umlaufenden Fragebogen zu verarbeiten,

beschließt der Parteitag, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde, welches in die von den Arbeitern unternommenen statistischen Erhebungen Einseitigkeit und Gleichmäßigkeit bringe.

Eduard Schmid, Josef Urban, Georg Wambhans, Konrad Anterim, Georg von Vollmar, Georg Witt.

Verschiedene Redner treten für den Antrag ein.

Scherer weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Durchführung eines solchen Antrages gegenüberstehen. Die Personentrage müßte erst gelöst, das Partei-Archiv mit dem Bureau verbunden werden. Mehner schlägt vor, den Antrag der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Trilse-Leipzig wünscht die Sache der Gewerkschaftskommission überweisen.

Schmid-München erklärt sich Namens der Antragsteller mit der Erledigung des Antrages durch den Parteivorstand einverstanden.

Der Parteitag beschließt, dem Parteivorstande den Antrag zur Erwägung zu überweisen.

Frohme und Genossen beantragen:

„Der Parteitag möge die Parteileitung veranlassen, während der Reichstags-Tagung ein literarisches Bureau aus geeigneten Personen zu bilden, das unseren Provinzial-Parteiblättern möglichst rasch kurze, treffende, in unserem Sinne gehaltene Berichte

liefert, damit diese Blätter nicht mehr auf die verschwommenen Berichte der Bourgeois-Berichterstatter angewiesen sind. Die Kosten hierfür werden leicht gedeckt, wenn sich sämtliche Parteiblätter zur Abnahme der Berichte gegen eine entsprechende Vergütung verpflichten.“

Frohme übernimmt die Begründung. Die bürgerlichen Berichterstatter heben nicht dasjenige hervor, was wir hervorheben haben wollen.

Frohme: Soll der Bericht ein längerer sein, so ist er für die meisten Leser unbrauchbar. Die Berichte der großen bürgerlichen Blätter sind nicht gerade derart von Objektivität entkernt, daß man sie nicht bei der Ausarbeitung benutzen könnte. Die Kosten des Bureau's würden das Resultat weit übersteigen.

Buchwald-Altenburg beantragt, eine gleichlautende Parlaments-Beilage für die gesamte Parteipresse herzustellen.

Singer: Soll dies der Bericht des „Vorwärts“ oder ein besonders ansehnlicher Bericht sein? Jedenfalls läme die Beilage zu spät an die Leser. Der „Vorwärts“ hat den großen vorkriegsartigen Bericht, den anerkannt objektivsten unter den vorhandenen. Für die kleineren Blätter ist er viel zu lang. Auch laufen die Interessen unserer einzelnen Blätter auseinander. Naturgemäß will jedes Blatt die Liebe des Abgeordneten, in dessen Wahlkreis es erscheint, am Ausföhrlichsten bringen. Manchen Blatte macht der Reichstags-Abgeordnete den Bericht. Vielleicht läßt es sich ermöglichen, daß der „Vorwärts“ allen Parteiblättern Abzüge seines Berichtes schickt. Verlangen Sie doch nicht zu viel von der Parteileitung; es sind ja nur fünf Menschen. (Heiterkeit.) Es fehlt auch an Personen für ein solches Bureau. Es steht durchaus nicht so, wie mancher meint, daß man nur Sozialdemokrat zu sein braucht, um alles machen zu können. (Heiterkeit.)

So erst tritt für den Antrag Frohme ein, den er so versteht, daß er für die Parteipresse kurze vorläufige Berichte wünscht. Der „Vorwärts“ komme ebenso rasch an, wie etwaige Parteienabzüge von seinen Reichstags-Berichten.

Frohme zieht den Antrag zurück, hofft aber, daß der Parteivorstand die vorgetragenen Wünsche in Erwägung ziehen wird.

Der Antrag Buchwald wird abgelehnt. Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation. Trilse-Leipzig beantragt:

„In Anbetracht dessen, daß es dem Parteivorstand infolge mancher zu Tage tretenden bedeutenden Schwierigkeiten und Hindernisse eine absolute Unmöglichkeit ist, die mündliche Agitation in der nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen geeigneten Weise in jeder den Wünschen und Forderungen der Parteigenossen gerecht werdenden und entsprechenden Hinsicht entfallen zu lassen,

in fernerer Erwägung aber, daß leider unter industriellen und gewerblichen Berufen noch eine große Zahl solcher existiren, in denen die Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht einmal mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung vertraut, geschweige denn organisiert ist, z. B. der Handelsstand, das Kellnergewerbe, die im Verkehrgewerbe u. s. w., die Organisation derselben aber eine unbedingte Nothwendigkeit und an der Zeit sein muß,

beauftragt der Parteitag die gewählten Vertrauensmänner, sowie die in den verschiedenen Bezirken existirenden Agitationskomitees, ihre Thätigkeit nicht nur auf die engeren Partei-Anglegenheiten zu beschränken, sondern auch hauptsächlich für die Organisation und Agitation der oben erwähnten Berufe, sofern sich innerhalb derselben keine agitatorischen Kräfte befinden, genügend Sorge zu tragen.“

Singer ist gegen den Antrag, der Partei-Organisation und Gewerkschafts-Organisation miteinander verquiden würde. Der Antrag würde eine Verbindung herstellen, die bei den bestehenden Vereinigungen mit Nothwendigkeit zur Auflösung der Parteiorganisation und der Gewerkschaftsorganisation führen müßte. Mehner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Der Parteitag geht über den Antrag Trilse zur Tagesordnung über.

Mit großer Heiterkeit nimmt ein Theil der Versammlung folgenden Antrag des Dr. Rüdert auf:

„In Erwägung, daß die unserer Partei zur Verfügung stehenden Rednerkräfte lange nicht den vorhandenen Bedürfnissen genügen, wie dies von der Parteileitung selbst zugegeben und von den Genossen fast überall empfunden wird, stellen wir den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß in Berlin unter der Leitung und Aufsicht des Parteivorstandes auf Parteikosten eine Rednerschule zum Zwecke der Heranbildung von Agitatoren geschaffen und unterhalten werde. Die auszubildenden Agitatoren sollen mit Rücksicht auf die Haupt-Dialekte aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland herangezogen werden.“

Dr. Rüdert begründet seinen Antrag in längerer Rede und wünscht den Antrag wenigstens dem Vorstand zur Erwägung überweisen.

Wos-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Parteitag geht zur Tagesordnung über.

Kerl-Bremen beantragt:

„Der Parteitag beschließt:

„In den ländlichen Bezirken Distrikts-Organisatoren oder Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden. Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.“

Der Parteitag geht zur Tagesordnung über, weil die Hauptsache von dem, was der Antrag wünscht, in dem Organisations-Statut bereits enthalten ist.

Wesch-Crefeld beantragt:

„Der Parteitag wolle beschließen: Aus der Parteikasse werden die Mittel vorgezogen zur Anschaffung eines Zettes, in welchem die Parteiversammlungen in den niederheinischen Webedörfern abgehalten werden können.“ (Große Heiterkeit.)

Der Antragsteller führt folgende Gründe für seinen Antrag an:

„In der Umgegend von Crefeld liegen im Umkreise von fünf Stunden 12-14 Dörfer und 2 Städte, in welchen wir keine Lokale haben können. In den Orten wohnt vorwiegend eine industrielle Bevölkerung, die, obgleich sie noch dem Centrum abhängt, uns dennoch sympathisch gegenübersteht. Es wurde durch die Abhaltung von Versammlungen in jener Gegend uns möglich sein, jene Hauptstützen des Centrums von der Wichtigkeit des Sozialismus zu überzeugen.“

Singer: Vom Erhabenen bis zum Komischen ist nur ein Schritt, das bewahrheitet sich hier. Die gemeine und niederträchtige Lokalabtheilung durch die Wegner hat den Antrag veranlaßt, und ich brauche nicht erst zu versichern, daß wir alle die Entrüstung des Genossen Wesch über die Manömanen des Centrums theilen, Anderwärts zwingen die Genossen die Wirthe durch den Konfott, ihre Säle herzugeben. Der Konfott zu diesem politischen Zweck muß von uns noch weiter als Kampfmittel ausgebildet werden. Wo aber nimmt denn Wesch, und darin liegt das Komische seines

Antrages, den Grund und Boden her, auf dem das Jelt aufgerichtet werden soll. Der Grund und Boden gehört ja denselben Leuten, die uns die Säle abtreiben. Wenn die Jeltträger in ein Dorf kommen, verweigert ihm der Schulze den Platz, wo sie es errichten können. Das würde den Spott der Gegner heraufbesuchen. (Beifall.)

Der Antrag Weich wird abgelehnt.
Die beiden letzten Anträge zur Agitation lauten:
„Die Genossen in Karlsruhe beantragen: „Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstags-Fraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland.“

Die Genossen in Bromberg:
a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt.
b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist.“
Beide Anträge werden dem Parteivorstande zur Erledigung überwiesen.
Auf eine Nachsicht wird verzichtet. Der Parteitag wird seine Geschäfte vermutlich morgen Mittag beendigen können.
Schluß der Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung.

Kloß eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr.
Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen.
Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Anträge über die parlamentarische Tätigkeit beraten.
Harm-Oberfeld und Reif beantragen:
Der Parteitag wolle beschließen:
„Um die an verschiedenen Orten (Kamen, Wieden und Spenge) vorgekommenen Gewaltthatigkeiten gegen Parteigenossen für die Zukunft zu verhindern, die Fraktion zu beauftragen, diese Angelegenheit in geeigneter Weise im Reichstage zur Sprache zu bringen.“

Harm begründet den Antrag.
Singer: Was der Antrag will, ist selbstverständlich. Jene Parteien, die uns vorwerfen, was sie thun, die den Kampf mit geistigen Waffen in Gestalt des Dreischlages mit dem Knüttel führen, werden wir im Reichstage zu kennzeichnenden Gelegenheiten nehmen müssen. Das ist einfach selbstverständlich. Nehmen wir deshalb statt des Antrages eine Resolution an, welche die Mißbilligung und Enttäuschung über dieses Treiben ausdrückt, das an einem Orte unter der tätigen Mitwirkung eines evangelischen Geistlichen stattgefunden hat. Um die Partei im Reichstage stände es schlimm, wenn sie erst ausdrücklich dazu aufgefordert werden müßte, die Rechte der Parteigenossen zu wahren, die in der Nothwehr ihre Haut schütten. Wollen die Gegner aber in der That den Kampf auf dieses Gebiet hinüberspielen, so bin ich überzeugt, daß die Parteigenossen auch in diesem Kampfe nicht den Kürzeren ziehen. (Beifall.)

Harm entspricht dem Wunsche Singers und zieht den Antrag zu Gunsten folgender Resolution zurück:
„Der Parteitag spricht seine Enttäuschung aus über das vorgewaltigende, brutale Vorgehen gegnerischer Elemente gegen unsere Parteigenossen, wie sich dasselbe in Spenge, Wieden, Kamen u. s. w. gezeigt hat.“
Singer erklärt der Parteitag das Verhalten der gegnerischen Presse in dieser Angelegenheit als ein unerträgliches und tendenziöses, daraus berechnet, die indifferente Masse gegen unsere Partei aufzuheben und zu Gewaltthatigkeiten zu provozieren. (Beifall.)

Die Resolution wird später, sie wird gedruckt vorgelegt, einstimmig angenommen.
Antrag der Delegirten aus Elßaß-Lothringen: „Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstage die Abschaffung des in Elßaß-Lothringen existirenden Distrikts-Paragrafen und der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze zu beantragen. Carl Newecejzaj-Mühlhausen i. G. Anton Schleicher-Meh. Bernhard Böhle-Strasbourg (Stadt).“
Newecejzaj begründet den Antrag und schildert unter dem Beifall der Versammlung die geradezu haarsträubenden Verhältnisse, wie sie in Bezug auf die Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit in Elßaß-Lothringen bestehen. Unter abwechselnder Heiterkeit und Entrüstungsrufen nimmt der Parteitag die Schilderungen der theilweise ungläubigen „gesellschaftlichen“ Bestimmungen und der rigorosen Ueberschneidungen Beamten auf diesem Gebiete entgegen. Redner wünscht, daß diese bis jetzt noch sehr unbekanntem Zustände des Reichslandes in weiteste Kreise dringen und endlich einmal seitens der sozialdemokratischen Fraktion etwas zur Abstellung dieser unwürdigen Verhältnisse gethan werde. (Beifall.)

Singer setzt auseinander, daß die Fraktion in den behandelten Fragen nichts veräußert hat, daß es aber doch zweifelhaft sei, ob die Aufhebung der Ausnahmegesetze für Elßaß-Lothringen allein, oder nicht vielmehr die aller Ausnahmegesetze überhaupt zu verlangen sei, mögen sie treffen, was sie wollen. (Beifall.) Vielleicht steht sich die Fraktion aber doch veranlaßt, in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Elßaß-Lothringens die Abschaffung des Distrikts-Paragrafen zu beantragen.

Der Antrag wird angenommen.
Der II. Pfälzische Parteitag beantragt: „Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstage die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.“
Ehrhardt-Ludwigshafen übernimmt die Begründung des Antrages. Seine Ausführungen erregen wachsende Aufmerksamkeit. Seine Ausführungen erregen wachsende Aufmerksamkeit, weil sie an schützlicher Argumentation zu freieren scheinen.
Frohme findet den Antrag begründet, da sich dessen Entschiedenheit einerseits aus der gegenwärtigen, durch die Getreidepreise miterschütterten Nothlage, andererseits aus der ähnlichen Bewegung, welche in der Schweiz im Gange ist und vielleicht nach Süddeutschland hinüberschlägt, erklären läßt. Aber mit der Annahme würde ein Schritt in der Richtung zum Staatssozialismus hinüber geschehen. Der Staat gewinne eine neue Macht, ohne daß er seine Grundlage, seine Tendenz irgendwie verändere. (Vielstimmige Zustimmung.) Ich ersuche über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Dies geschieht mit großer Mehrheit.
Genosse Drees in Orléans beantragt: „Der Kongress wolle die Reichstags-Abgeordneten ersuchen, bei erster Gelegenheit im Reichstage die Erbauung von Asylen für Odbachlose in jeder größeren Stadt zu beantragen.“
Neben diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.
Der Klub „Süd-Ost“, Berlin, beantragt: „a) Die Sprache des Programms mehr gemeinverständlich und weniger lathebarmäßig zu gestalten. b) Um die Genossen vor Mißbrauch des Mandats zu schützen, den Abgeordneten ein gebundenes Mandat zu erteilen. c) Ueberall danach hinzutreten, daß den Verfassungen der Parlamente resp. der Landtags- und Gemeindevertretungen auch volle Geltung verschafft werde und so das wirkliche parlamentarische Recht zur Geltung kommt.“
Ueber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem Singer im Einzelnen nachgewiesen, wie unklar dessen Forderungen sind.

Fleischmann beantragt:
„Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, daß wäcker und Alles, was unter dem Sozialistengesetz von der Polizei beschlagnahmt worden, wieder freigegeben wird.“

Nach längerer Diskussion wird der Antrag abgelehnt, weil er juristisch unhaltbar sei.

Verschiedene Genossen (Mehner, Lätoron, Stabernad etc.) beantragen: „Abgeordnete, welche ohne Mandat auf dem Parteitag anwesend sind, erhalten aus der Parteikasse Diktat.“

Nach längerer Debatte wird der Antrag mit einem Amendement, wonach auch mandatslosen Vorstandsmitgliedern und Kontrollcomittees Diktat gewährt werden sollen, angenommen.

Es wird beantragt:
„Der Parteitag drückt den Wunsch aus, daß die Parteileitung für die Folge die Einberufung des Parteitages wie seither auf den Sonntag verlegen möge und zwar mit Rücksicht darauf, daß durch eine Tagung wie die diesjährige für eine große Anzahl der Delegirten zwei Arbeitswochen verloren gehen, wodurch entweder sie selbst oder ihre Auftraggeber empfindlich belastet werden.“
Ehrhardt-Ludwigshafen, Dreesbach, Händler, Kalabach.
Der Antrag wird angenommen.

Es wird beantragt:
„In Erwägung, daß es die Würde und das Interesse der Partei gebietet, dem Personalkultus entgegenzutreten, erklärt es der Parteitag für notwendig,
die Verbreitung von Bildnissen lebender Parteigenossen in jeder Form dadurch einzuschränken, daß in Zukunft Gesandnisse mit solchen Abbildungen durch Parteigenossen nicht mehr hergestellt oder in Verkehr genommen werden; an deren Stelle sollen allegorische (sinnbildliche) Darstellungen, welche auf die Bestrebungen des Proletariats Bezug haben, oder höchstens die Bildnisse verstorbener Vorkämpfer des Proletariats treten.“

W. Schmidt-Frankfurt. L. Emmel.
Einige Redner verteidigen den Antrag.
Bebel stimmt dem Antrage in der Tendenz zu. Er habe alle Veranlassung, den Klagen über den Unfug der Abbildungen auch aus rein ästhetischen Gründen beizustimmen. Es kann Einem oft vor sich selbst grauen, wenn man sich in manchen Bildern sieht. (Heiterkeit.) Auch habe ich und zahlreiche Freunde regelmäßig die Erlaubnis zur Vervielfältigung von Bildern von uns entchieden abgelehnt. Das hat den Unfug leider nicht verhindert; Redaktionen, Gypsabgüsse seien hergestellt, sogar Hüte nach Abgeordneten benannt worden. Das letztere geschah, während ich im Gefängnisse lag und ich schrieb sofort sehr energisch an Derjenigen, der meinen Namen gemißbraucht hatte und die Benennung von Hutformen nach einzelnen Abgeordneten hörte auf. Die Parteigenossen in den einzelnen Orten sollten aber Manns genug sein, dem Unfug entgegenzutreten. Die Hauptsache ist aber, nicht bloß zu verbieten, sondern auch zu verhindern, daß solche Bildnisse gefaßt werden. Und das ist nicht so leicht.

Man darf deshalb das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und Beschlüsse fassen, die nicht gehalten werden, nur ein Schlag ins Wasser sind. (Zustimmung.) Wir dürfen nicht so weit gehen, all und jede Abbildung eines lebenden Parteigenossen zu verbieten. Ist es jedem von Euch nicht eine Freude gewesen, unsern Engels im Bildnis kennen zu lernen, das Bild eines Genossen zu besitzen? Der Antrag untersagt ja beinahe jedem, eine Photographie seines Freundes zu besitzen. Ich gebe anheim, dem Antrag eine verbesserte Gestalt zu geben; in der vorgeschlagenen Form ist er unannehmbar. (Beifall.)
Ueber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.
Runez und Genossen beantragen:
„Hierdurch beantragen die Unterzeichneten, daß der Beschluß des St. Gallener Parteitages vom Jahre 1887 mit dem Wortlaut —

„Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftige Gründe bei an sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitages nicht nachgekommen sind; ferner spricht der Parteitag die sichere Erwartung aus, daß die Genossen dieser Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen werden.“ —
sowie derselbe auf die Person des Parteigenossen Hr. Geiser Anwendung findet, außer Kraft gesetzt werde, weil in Anbetracht des seitherigen Verhaltens des genannten Genossen kein Grund vorliegt, diesen Beschluß in Bezug auf seine Person ferner gelten zu lassen.“

Folgen eine Anzahl Unterschriften.
Runez. Breslau motivirt seinen Antrag: Er giebt eine Darstellung der damaligen Verhältnisse Geiser's, die seine Verweigerung der Unterschrift einermöglichen entschuldigt. Er habe im Laufe von vier Jahren schwer dafür büßen müssen. Ueber den Fall Geiser sei bereits dreimal seitdem wieder in Breslau in der Öffentlichkeit verhandelt worden, und alle drei Mal habe man sich zu seinen Gunsten ausgesprochen. Als Agitator und Schriftsteller habe Geiser sehr Anerkennenswertes geleistet und stets seine Pflicht gethan.
Dr. Lutz-Magdeburg erklärt sich gegen den Antrag Runez. Geiser habe sich nach dem St. Gallener Parteitag durchaus nicht als guter Parteigenosse gezeigt; am meisten anstößig sei sein Verhalten in dem 1887 in Breslauer Geheimbunds-Prozesse. — Er habe da, um sich zu salbieren, in einer Vertheidigungsschrift an den Staatsanwalt behauptet, er sei nur nach Kopenhagen gegangen, um die Partei aus dem revolutionären in das sozial-reformatorische Fahrwasser zu bringen. Das seien lässliche Lügen gewesen. Der St. Galler Beschluß müsse aufrecht erhalten werden.

Wilkens-Breslau ist ebenfalls gegen den Antrag. Geiser habe in Breslau den sozialdemokratischen „Schleischen Nachrichten“ gegenüber als Konkurrenzblatt ein demokratisch-sozialistisches Wochenblatt, die „Wahrheit“, gegründet, in welcher auch Annert, dessen Meinungsäußerung wunderbar sei, sehr scharf angegriffen wurde.
Lutz-Stuttgart hält es für einen großen taktischen Fehler, daß dieser Parteitag mit der Angelegenheit befaßt worden sei. Die Annahme des Antrages würde der Opposition nur Wasser auf die Mühle liefern.
Bebel rechtfertigt in längeren Ausführungen den St. Gallener Beschluß, der nach Runez's Darstellung als eine Ueberreizung und Ungerechtigkeit erscheinen könnte.
Der Antrag Runez wird abgelehnt.
Niederauer und Gumpel stellen die Anträge, ob die Streifische Frohne-Kehler erledigt sei.
Der Parteitag erklärt auf Vortragen durch Singer, daß er eine Erörterung dieser Frage nicht will.
Da bis auf die Urtheile der beiden Kommissionen und die Wahl des Parteivorstandes, die erst nach dem Urtheil der Revisionskommission vorgenommen werden soll, alle Gegenstände der Tagesordnung erledigt sind, so muß die Sitzung abgebrochen werden.

Morgen beginnt die Sitzung um 8 Uhr.
Die Programm-Kommission hat u. a. Arbeiten bis auf die formelle Redaktion erledigt und den Entwurf der „Neuen Zeit“ zur Grundlage genommen.

Berichtigung. In dem Telegramm über den Schluß der Montagssitzung befindet sich ein Irrthum. Dertel sog sein Amendement unter der Bedingung zurück, daß Vollmar erklärte, ohne Hintergedanken die Resolution Ehrhardt (nicht die Resolution Bebel, denn das hatte Vollmar bereits erklärt) anzunehmen. Diese Erklärung erfolgte dann auch von Seiten Vollmar's.
Ferner ist dem gestrigen Telegramm nachzutragen, daß die Austrittserklärung der Opposition auch Werner v. Berlin unterzeichnete.

Berichtigung. In dem Telegramm über den Schluß der Montagssitzung befindet sich ein Irrthum. Dertel sog sein Amendement unter der Bedingung zurück, daß Vollmar erklärte, ohne Hintergedanken die Resolution Ehrhardt (nicht die Resolution Bebel, denn das hatte Vollmar bereits erklärt) anzunehmen. Diese Erklärung erfolgte dann auch von Seiten Vollmar's.
Ferner ist dem gestrigen Telegramm nachzutragen, daß die Austrittserklärung der Opposition auch Werner v. Berlin unterzeichnete.

Bebel's Schlußrede zur Frage der Taktik.
(Ausschließlicher Bericht.)
Bebel: Ich muß mich nach beiden Seiten hin wenden, obgleich sich die Opposition außerhalb des Saales befindet. Das ist allerdings nicht unsere Schuld. Auerbach betonte so sehr, es sei ihm nur um die Sache zu thun; er vertritt die allergeringste

Opposition in der Partei. Wenn die Opposition immer so gesprochen hätte, wie Auerbach heute, so wäre gar nichts gegen sie zu sagen. Das ist nicht geschehen und das ist eben der Unterschied.

Bebel wendet sich dann gegen die einzelnen Anträge der Opposition: Bildberger, der der Fraktion Diktatur über die Partei vorwarf, habe sich auf lauter Thatsachen aus dem letzten 20 Jahren bezogen, die schon längst durch die Beschlässe der Parteitage erledigt worden, anstatt sich auf die Thatsachen aus dem letzten Jahre zu beschränken. Dem Vorwurf Bildberger's, daß die Partei kleinbürgerliche Interessen vertritt, weist Bebel nochmals zurück: Genosse Fritsch-Berlin hat drastisch nachgewiesen, wie gerade Bildberger selbst in den von ihm unterzeichneten Wahlzettelungen auf das Kleinbürgerthum Rücksicht genommen und an dieselbe appellirt hat. Niederauer fragt nun: Was hätte man gesagt, wenn Bildberger sich von den Flugblättern losgesagt hätte. Das ist in der That eine sehr unglückliche Vertheiligung. Wenn die Flugblätter Bildberger's Ueberzeugung widersprochen, so mußte er sich von ihnen lossagen. An der Hand von Werner'schen und Bildberger'schen Wahlreden weiß Bebel nach, daß die jetzige Berliner Opposition zur Zeit der 1887er Wahlen genau auf demselben Boden gestanden, wie die Fraktion. Der Meinungswechsel Werner's und Bildberger's ist nur dadurch hervorgerufen, daß sie bei den Wahlen durchgefallen sind. (Heiterkeit. Beifall.) Das ist aber wahrlich nicht Schuld der Partei!

Bei den Frankfurter Vorgängen, die erwähnt wurden, war die Sachlage eine durchaus verschiedene. Damals standen wir unter dem Sozialistengesetz. Trotzdem aber traten damals die Frankfurter offen auf. Die Berliner Opposition handelt anders. Die Differenzen mit ihr werden übrigens voraussichtlich durch diesen Parteitag noch nicht für immer erledigt werden.
Wenn Auerbach der Fraktion Vorwürfe zu machen hat, dann wolle der berechnete und natürliche Weg der gewesen, zu sagen: Die Fraktion hat im letzten Jahre die und die Anträge eingebracht; wir sind damit nicht einverstanden und verlangen, daß der Parteitag seine Meinung darüber abgibt.

Was den Vorwurf betrifft, daß durch die Verstaatlichung der Nothhelfer die Nothmittel des heutigen Staates vergrößert würden, so ist dieser Vorwurf dadurch widerlegt, daß wir — abgesehen von sonstiger Beirathung — verlangt hatten, daß die Regenten jeder Ueberzucht abgeköpft würden. Dadurch ist natürlich eben so sehr die Noth der Arbeiter vergrößert als die des Kapitalisten.
Vollmar hat heute wesentlich anders gesprochen als am Sonabend. Er sagt aber, man habe ihn bisher mißverstanden. Er will nicht nach einzelnen Sätzen beurtheilt sein. Er beklagt sich darüber, daß ihm Absichten unterstellt worden, die er durchaus nicht gehabt habe.

Ich meinerseits habe die Reden von Anfang an sehr objectiv betrachtet; ich habe kein einziges Urtheil über dieselben in gegnerischen Blättern gelesen, bin bei meinem Urtheil also ganz selbständig. Bei vielen Parteigenossen allerdings mögen die Urtheile der gegnerischen Presse nicht ohne Einfluß gewesen sein.
Die erste Münchener Rede Vollmar's ist ein wohlgegliedertes Ganzes, die Rede ist auch nicht nur dem Stegreif gehalten, Alles ist wohl abgesehen, Alles bringt ruhig überlegte Ansichten zum Ausdruck. Sie ist ein Muster an Logik, sie ist ganz aus einem Guss, durch jede Seite der Rede aber zieht sich der Gedanke: „Wir immer langsam und bedächtig, und mahool.“

Selten hat jemand seinen Standpunkt so vollständig geändert, wie Vollmar. Selbst die Gegner gaben ihrem Erkennen darüber Ausdruck, daß ein Mann, der bisher so weit links gestanden, ja, der auf dem politischen Parteitag als der Schirmherd der Opposition galt, plötzlich eine so vollständige Frontveränderung vornehmen, so vollständig mit der Taktik der Partei und mit seinem eigenen früheren Standpunkt brechen konnte; kein Genosse ist jemals so rasch von so radikalem zu so opportunistischem Standpunkt gekommen, wie Vollmar, und das ist um so erkranklicher bei einem Manne von solcher Intelligenz und solcher Bildung. Die isolirte, gesellschaftliche Stellung Vollmar's und seine angenehmen Privatverhältnisse geben ja einermöglichen eine Erklärung für seinen Standpunkt. Wenn jemand die Fühlung mit der Masse verliert, so ist solche Sinnänderung leicht möglich, und wenn jemand in angenehmen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, so ist er wohl dem Gedanken zugänglich: „Langsam, es eilt nicht.“ Der Satte hat eben Zeit. (Beifall.)

Vollmar nennt meine Taktik einen Appell an die Ungebuld der Massen. Jawohl, die Massen sind ungeduldig. (Stürmischer Beifall.) Die Ansichten über das Tempo können ja differiren. Aber unter allen Umständen müssen wir stets das Endziel im Auge behalten und stets in der Richtung des Ziels marschiren!

Es ist absolut notwendig, das Prinzip des Klassenkampfes scharf zu betonen und alle unsere Erfolge nur als den herrschenden Klassen abgetroht aufzufassen, und das kommt in Vollmar's Rede nicht zum Ausdruck.
Ich bestreite entschieden Vollmar's Worte, er habe keine neue Taktik empfehlen wollen; wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte er seine Reden gar nicht zu halten brauchen. In der einen Rede heißt es, die Verhältnisse hätten sich wesentlich geändert, die Stellung der Regierung zu uns habe sich geändert, es gebe eine Menge Leute mit gutem Herzen, die wir, wenn wir ihnen unsere Lehren in der richtigen Weise vorführten, für uns gewinnen würden. Es ist ganz richtig, was im Laufe der Debatte gesagt worden ist: Wollten wir die Taktik abgelehnt, wie sie in Vollmar's Münchener Reden empfohlen wird, dann müßten wir mit Nothwendigkeit dazu kommen, zu vergessen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Ich halte die Konzentration unserer Kräfte auf die Punkte, die Vollmar ausführt, eine Rückwärts-Konzentration genannt; ich möchte sie eine Vortreibung der Kräfte nennen. (Stürmischer Beifall.)

Vollmar erklärt sich gegen meine Prophezeiungen, dabei verfallt er eigentlich in denselben Fehler. Vollmar mag mir Optimismus, meinetwegen rosafarbene Vorzeichen, so sage ich, er ist der schwärzeste Pessimist. Er ist ein Optimist mit Bezug auf seine Erwartungen auf die heutige Regierung, aber ein Pessimist mit Bezug auf die letzten Ziele. Er nimmt damit der Partei, was sie vor allem braucht — die Begeisterung. (Beifall.) Was Vollmar will, das hieße, national-liberale Taktik in die Partei bringen. Vollmar sagt: In der Vorzeit ist noch keine Partei zu Grunde gegangen. Jawohl, die national-liberale Partei ist gerade daran zu Grunde gegangen. (Beifall.) Die Begeisterung ist unserer Partei unbedingt notwendig, und glaube man denn etwa, durch die Herabsetzung des Normal-Arbeitstages allein Begeisterung erwecken zu können?

In Vollmar's Reden liegt nicht der geringste Widerspruch. Ich die zweite Münchener Rede las, war ich erstaunt, in derselben alles Bedenkliche aus der ersten Rede noch deutlicher ausgedrückt zu sehen. Es ist ungewiss, ob Vollmar wollte mit seinen Reden in der That eine neue Taktik inauguriren, und wenn er die Möglichkeit des Erfolgs gesehen hätte, dann würde er auch alles Mögliche gethan haben, um dies durchzuführen. (Zustimmung.)

Vollmar's Erklärung, die er heute hier abgegeben, ist vollständig correct; er hat erklärt, er stehe durchaus auf dem Boden meiner Resolution; wenn er die Erklärung in seiner ersten Rede hier am Sonabend abgegeben hätte, dann würde der Antrag Dertel überhaupt unmöglich gewesen; ich habe mit der Resolution versucht, ihm eine goldene Brücke für einen Rückzug zu bauen; am Sonabend hat er zwar meine Resolution gebilligt, aber hinzugefügt, er komme dazu aus ganz anderen Motiven als ich, heute dagegen hat er sich ganz in demselben Sinne ausgesprochen wie ich.

Vollmar's Erklärung, die er heute hier abgegeben, ist vollständig correct; er hat erklärt, er stehe durchaus auf dem Boden meiner Resolution; wenn er die Erklärung in seiner ersten Rede hier am Sonabend abgegeben hätte, dann würde der Antrag Dertel überhaupt unmöglich gewesen; ich habe mit der Resolution versucht, ihm eine goldene Brücke für einen Rückzug zu bauen; am Sonabend hat er zwar meine Resolution gebilligt, aber hinzugefügt, er komme dazu aus ganz anderen Motiven als ich, heute dagegen hat er sich ganz in demselben Sinne ausgesprochen wie ich.

Lokales.

Man hat mir nun gesagt: Du hast mit Schuld; Du hättest ihn gleich derber schütteln sollen. (Weisfall und Heiterkeit.) Am Sonnabend brauchte er nur die ihm gebaute Brücke zu betreten; er hat mir schlecht gedankt. Wenn er mein Eintreten für die Arbeiterjahrgesellschaft Heuchelei nennt, so ist das wahrlich nicht gerecht. Die Gegner werden diesen Auspruch Schmalz gegen uns ausbreiten. Und ich muß sagen: Ich nehme es Vollmar durchaus sehr übel, daß er als Parteigenosse und Freund in dieser Weise gegen mich aufgetreten ist.

Der Wiederholung einer solchen Schwenkung, wie bei Vollmar, muß für spätere ähnliche Fälle ein Regel vorgeschrieben werden. Mit Vollmar's heutiger Erklärung ist die persönliche Seite der Sache erledigt, aber nicht die objektive. Die Annahme einer solchen Resolution ist notwendig, weil ich weiß, daß Vollmar's Standpunkt, wie er ihn in München und in seiner Rede vom Sonnabend dargelegt hat, bei einem großen Theile der Genossen Weisfall gefunden hat, sei es nun aus Bequemlichkeit oder aus Mangel an Einsicht, sogar hier im Saale, und zwar nicht der Form, sondern des Inhalts der Reden wegen, und ich wünsche zu wissen, wie groß die Zahl Derjenigen ist, die mit Vollmar einverstanden sind.

Ist es die Majorität, dann betrachte ich es auch als selbstverständlich, daß sie die Leitung der Geschäfte übernehmen muß. Der Standpunkt der Partei muß festgelegt werden. Es ist dringend wünschenswerth, daß jeder Delegirte als selbständiger Mann in namentlicher Abstimmung offene Stellung nimmt. Stimmet Ihr Vollmar bei, was Ihr nicht könnt, so würden morgen Gute Wähler rebelliren, ich zuerst, das sage ich Euch! (Weisfall und Heiterkeit.)

Ich vermag nicht einzusehen, was für Vollmar Vorliegendes darin liegen könnte, wenn der Parteitag erklärt, er sei nicht mit ihm einverstanden; das ist kein Mißtrauensvotum und keine persönliche Spitze; es soll damit nur Klarheit geschaffen werden, damit der Parteitag sich später nicht wieder mit solchen Debatten zu befaßen braucht. Ich muß also meine durch den Parteitag abgeänderte Resolution aufrecht erhalten und den im Laufe der Debatte gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen.

Vollmar hat mir meine am Sonnabend gethane Aeußerung verübelt, daß sein Standpunkt zur Verhinderung der Partei führe. Diesen Vorwurf muß ich aufrecht erhalten. Das ist ja der große Schaden, den das Sozialistengesetz angerichtet hat: Die Beschränkung des Gedankenkreises innerhalb der gegenwärtigen Verhältnisse; es ist ein Glück, daß es uns damals gelungen ist, durch unsere im Auslande weiterbestehende Presse dieser Verhinderung die Beschränkung gerade beabsichtigte, entgegenzuwirken. Und was damals die Gegner gegen uns durch das Sozialistengesetz zu erreichen suchten, das sollen wir uns nun freiwilig auferlegen. Das würde zur Korruption der Partei führen und übrigens doch nicht von langer Dauer sein.

Eine Partei mit Zielen, wie sie die sozialdemokratische hat, welche die Massen in Bewegung setzen will, kann nicht mit kalter Berechnung von oben herab geleitet werden; jetzt so wenig wie zu Schweiger's Zeiten. Man hat Vollmar einen zweiten Kaskade genannt, er ist es aber nicht. Hätte Lassalle dieselbe Taktik eingeschlagen, wie sie Vollmar im Auge hat, wer weiß, wie weit die Partei gekommen wäre. Die Anhänger Vollmar's sind den thörichten Jungfrauen zu vergleichen, die, als ihr Bräutigam kam, nicht genug Del auf der Lampe hatten. Sie werden übertrafft von den Ereignissen und dann sind sie der Dinge nicht Herr. (Lebhafte Weisfall.)

Wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Taktik, die wir seit 25 Jahren verfolgt und der wir im Wesentlichen unsere Erfolge verdanken, keine andere geworden ist oder werden soll. Wir sind schon deshalb genöthigt, zu der von Vollmar empfohlenen Taktik Stellung zu nehmen, da bekanntlich heute Auerbach im Namen der Opposition erklärte: wir verfolgen in Wirklichkeit die von Vollmar empfohlene Taktik. Wir sind auch im weiteren zu der Annahme des Central'schen Antrages genöthigt, damit die Angriffe der Opposition endlich einmaß ausbreiten, damit nicht etwa, wie Auerbach prophezeit hat, auf dem nächsten Parteitage Schulz, Müller oder Cohn Opposition macht. (Heiterkeit.)

Vollmar sagt: es ist ein Phantom, wenn behauptet wird, die Verwirklichung unserer Endziele liege nicht mehr so fern. Nun, die bürgerlichen Klassen sind selbst der Meinung, daß wir immer mehr einer Katastrophe entgegenstehen. — Ich bin Optimist, aber insofern aufmerksamen Studiens der Entwicklung der Dinge in Europa seit 1870/71, ganz besonders aber seit dem letzten Jahre. Vollmar spricht von nebelgrauer Ferne, wenn er von der Verwirklichung unserer allgemeinen Ziele redet; giebt nicht auch die Erfahrung aus der Geschichte gegentheilige Lehren? — Wann begann denn z. B. in Frankreich, wo 1789 das Bürgerthum zum Sieg gelangte, die bürgerliche Bewegung? 1749, erst vierzig Jahre nur vor ihrem endlichen Siege. Wenn wir uns die bürgerlichen Revolutionen ins Gedächtnis zurückrufen, dann braucht man kein Schüler Thomas zu sein, wenn man die Ansicht ausspricht: Die Verwirklichung unserer Ziele liegt vielleicht nicht mehr fern.

Vollmar hat das Prophetenthum verhöht. Nun wir haben auch richtig prophezeit. Redner erinnert an die Prophezeiungen von Marx und Engels im kommunistischen Manifest, an die Prophezeiungen in der Adresse des Generalrathes der Internationalen nach dem Fall der Kommune, an Liebknecht'sche Aussprüche, die hauptsächlich in Erfüllung gegangen.

Die zahlreich, selbst konservativen, Schriftsteller sagen jetzt ganz sicher das Besondere einer großen Katastrophe für die nächste Zeit voraus! Da wollen wir denn doch lieber die Massen ein wenig ungeduldig machen und desto eifriger arbeiten lassen, als ihnen den Ungeduldensdorn aus dem Leibe schneiden und sie zu lähmen Verstandmenschen machen. Als Engels den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft für 1898 voraus sagte, schrieb ich ihm: „Du und ich, wir sind doch die einzigen Jungen in der Partei.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Nun komme ich noch zu unserer Stellung zur auswärtigen Politik! Für uns ist es jetzt Nothwendigkeit geworden, uns mit der großen Politik zu beschäftigen. Vollmar weiß, daß Liebknecht und ich alljährlich bei Gelegenheit der Budgetberatung als der einzigen Gelegenheit, die auswärtige Politik zu berühren, daß wir dabei unsere Stellung zu derselben präzisiren. Vollmar sagt, meine neulich gethane Aeußerung über das Verhalten zu Rußland streife haarfährig das, was die französischen Chauvinisten Blätter darüber sagen. Nun, die fremde Presse hat sich ja auch gerade Vollmar's Rede bemächtigt; mir ist es egal, was die gegnerische Presse über mich sagt.

Ich nehme absolut keine chauvinistische Stellung ein. Noch in der Sansouciere Versammlung habe ich ausdrücklich betont, daß ich nach wie vor in der Aussöhnung mit Frankreich um jeden Preis auch zur heutigen Stunde noch das Heil erblicke. (Lebhafte Weisfall.)

Was Rußland betrifft, so sagte ich: Die Arbeiter sind ebenso gut Deutsch, wie die Mitglieder der herrschenden Klassen und werden, im Falle eines Angriffskrieges seitens Rußlands, nicht die letzten sein, die in diesem Kriege ihre Pflicht thun würden, da ein Sieg Rußlands über Deutschland die Vernichtung aller Kultur und ein Zurückwerfen der sozialistischen Bewegung auf lange Zeit hinaus herbeiführen würde.

Ich bin am Ende meiner Rede, so schloß Weber, und erfuhr bei der Abstimmung über den Antrag Cerial, entweder mit einem christlichen Ja oder mit einem christlichen Nein zu antworten. Ich verlangte das umso mehr, da Sie am vergangenen Sonnabend den Ausführungen Vollmar's einen größeren Weisfall gesollt haben, als ich erwartet hatte. Ich behaupte, daß Vollmar eine Erklärung abgegeben hat, ich erkläre aber wiederholt, irgend eine persönliche Spitze gegen ihn liegt in dem Cerial'schen Antrage nicht. (Stürmischer Weisfall.)

Die Erhöhung der Hundesteuer kann als beschlossene Sache gelten, wenn schon in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage nochmals an einen Ausschuss zurückverwiesen worden ist. Die „treisinnige“ Mehrheit der Stadtverordneten hat gegen die Erhöhung Nichts einzuwenden, die Zurückverweisung erfolgte nur, weil man sich über die Erfüllung gewisser Formalitäten noch nicht zu einigen vermochte. Mit der Thatfache, daß vom 1. April 1892 ab für jeden Hund 20 M. Steuern zu entrichten sind, muß schon heute jeder Hundbesitzer rechnen. Einer der vorzüglichsten Gründe, welche die Freunde der Steuererhöhung für die letztere anführen, ist der, daß dem Ueberhandnehmen der vielen großen Hunde in Berlin gesteuert werden solle. Die Zukunft wird zeigen, daß die Erhöhung der Steuer eine Verminderung der großen Räter nicht nach sich ziehen wird. Die Leute, welche sich zu ihrem Vergnügen einen großen Hund halten, sind sammt und sonders in der glücklichen Lage, es gar nicht zu empfinden, ob sie für den Hund neun oder zwanzig Mark pro Jahr zahlen müssen. Die Veranstaltung einer Statistik würde sicher das Resultat ergeben, daß die „diplomatischen“ und „militärischen“ Hunde das größte Kontingent zu den großen Ratern stellen, welche so oft die Straßen Berlins unflüchtig machen. Die „Nennhund“ der Herren Studenten werden nach wie vor existiren trotz der Steuererhöhung.

Unbemittelte Leute gestatten sich in der Regel nur den Luxus kleiner Hunde, die Niemand belästigen und Niemand stören. Sehr oft bildet das Halten eines Hundchens nicht einmal einen „Luxus“, sondern der Hund muß seinem Besitzer durch seine Wachsamkeit u. s. w. Dienste leisten, die unentbehrlich sind. Wie in fast allen Fällen, so wird auch bei der Erhöhung der Hundsteuer der „arme Mann“ wieder am empfindlichsten getroffen, gerade für ihn wird es schwer werden, die verlangten 11 M. mehr aufzubringen. Jeder Thierfreund wird es nicht billigen, daß die Stadtverordneten die Vorlage so in Vausch und Bogen behandelten und daß nicht nach einem Ausweg gesucht wurde, um den Zweck, den die Steuer angeblich erreichen soll, auch wirklich zu erreichen. Wenn man jetzt die Hundbesitzer ohne Ausnahme in der Steuer höher schraubt, so bedeutet das eben einfach ein weiteres Anziehen der Steuerschraube ohne allen Grund. Die Zeit wird es lehren, daß nach dem 1. April noch genau so viel große Räter sich in den Straßen umher treiben und daß in den Zeitungen die Mordfälle, hervorgerufen durch große Hunde“ genau mit derselben Regelmäßigkeit erscheinen wird, wie bisher. Die Besteuerung der Hunde ist so wie so nur eine Besteuerung des Mittelstandes, das die Menschen mit den Thieren haben und man sollte die Zahl derjenigen, welche dieses Mittelstücken nicht gewaltsam reduzieren. Je mehr das geschieht, desto mehr wird die Zahl der Leute zunehmen, deren Nothheit vor Nichts zurücksteht. Ein drastisches Beispiel, wozu solche Leute schließlich fähig sind, lieferte der „Cohn des Ballfabriken-Kant“ in dem viel besprochenen Prozeß Heintze. Als Frau Heintze für die Gefährlichkeit dieses Menschen die Thatfache anführte, daß derselbe im Stande sei, ohne jede Veranlassung einen Hund bei den Beinen zu fassen und ihn an der nächsten besten Straßenlaterne todzuschlagen, erwiderte dieses Prachtexemplar der Berliner Gauner cynisch lachend: „Der dhu id...“

Die Ermäßigung der Preise für Zeitkarten im Berliner Vorortverkehr bezeichnet „Der Aktionär“ als verfrüht und führt aus:

Die einschlägigen Erwägungen können nicht zwischen heute und morgen abgeschlossen werden, denn die Einführung der Zeitkarten ist nicht eine auf den Berliner Vorortverkehr beschränkte Maßregel, sondern eine für das ganze Gebiet der preussischen Staatsbahnen getroffene Einrichtung. Es kommt deshalb bei den Untersuchungen auch nicht lediglich die Anwendung des neuen Berliner Vororttarifs auf die Zeitkarten in Betracht, sondern eine Umgestaltung des Tarifwesens für den gesamten Vorkortverkehr der preussischen Staatsbahnen. Die Ungeduld wird sich also noch einige Zeit beschreiben müssen. Uebrigens kann bei besonderem Urtheile die Entscheidung auch nicht dringlich erscheinen. Auch gegenüber den neuen Vororttarifen und selbst abgesehen von den Nebenarten, die nur den halben Preis der Stammkarten haben, stellt sich der Preis der Zeitkarten zu ganz beliebiger Benutzung Tag für Tag bei allen Zügen noch jetzt so überaus niedrig, daß eine weitere Ermäßigung wohl kaum in Frage gekommen sein dürfte, wenn nicht eben die Tarifiermässigung im gewöhnlichen Vorortverkehr die Anregung dazu gegeben hätte. Ebenso wenig wie die Ermäßigung des Preises der Stammzeitkarten steht selbstdenkend die Ansperrung der Nebenzeitkarten fest.

Die Reichsdruckerei hat bekanntlich den in ihrer Druckerei beschäftigten Sehern eine Lohnerhöhung aus freien Stücken zugestanden. Man war zu der Annahme berechtigt, daß die Erhöhung sich für alle Seher ohne Ausnahme verstehen sollte. Das war aber nicht der Fall, denn als die Lohnerhöhung verkündet wurde, fehlten die Namen von fünf Sehern, welche ihrem Bohrsache nach ebenfalls Anspruch auf Zulage gehabt hätten. Zwei derselben wurde auf Befragen erklärt, sie seien deshalb von der Lohnerhöhung ausgeschlossen worden, weil sie dem Gette Bacchus zu große Opfer brächten! Nun ist es aber bekannt, daß gerade in der Reichsdruckerei nach dieser Seite hin große Mühseligkeit herrscht und daß die Leistungen der zwei von der Lohnerhöhung Ausgeschlossenen in keiner Weise zurückstehen hinter denen ihrer Kollegen. Die anderen drei Seher „weiter Masse“ hatten folgende Mißthat auf dem Ardebolz: Vor einigen Monaten feierte der Direktor der Reichsdruckerei sein 25jähriges Jubiläum. Aus Anlaß desselben wurde dem Jubilar von seinen Untergebenen eine Adresse überreicht, welche von diesen unterschrieben war. Fünf drei Seher nun fügten sich aus irgend einem Grunde veranlaßt, die Adresse nicht zu unterschreiben. Als dieselben sich nach der Ursache erkundigten, welche maßgebend gewesen sei für die Nicht-Berücksichtigung bei der Lohnerhöhung, wurde ihnen von ihrem direkten Vorgesetzten erklärt, daß die Nicht-Berücksichtigung erfolgt sei, weil sie s. Z. die Adresse nicht unterzeichnet hätten. Die Sache könnte sich aber möglicherweise auch anders, wenn die Herren erklärten, daß ihnen ihr damaliges Verhalten leid thue! Dies war aber nicht nach dem Geschmack der drei Gemahrgelassen, sie gingen direkt vor die richtige Schiedsleute und trugen die Sache dem Direktor der Reichsdruckerei vor. Dieser erklärte, von der Geschichte kein Stenogramm zu wissen, dieselbe aber streng zu untersuchen. Dies ist denn auch geschehen, denn obwohl die Seher nicht wissen, welches Resultat die Untersuchung ergeben hat, wurde ihnen doch die Zulage noch nachträglich bewilligt. Bei den beiden „Trübsen“, die beide Familienväter sind, ist es aber beim Allen geblieben.

Das kann ja heiter werden! Die Berliner Schuhmannschaft zu Fuß wird nunmehr mit Karabinern, Mod. 1871, ausgerüstet werden. Die sogenannte Reserve-Abtheilung, welche die Wache des Polizei-Präsidialgebäudes besetzt, verschiedene Straßenposten besetzt, Feuerkommandos bei Groß- und Mittelfeuern nach allen Richtungen der Stadt schickt und manche Theater besetzt, ist bereits in dieser Weise bewaffnet worden.

Rektor Ahlwardt hat, wie die „Staatsbürger-Ztg.“ mittheilt, gegen den Gerichtspräsidenten Martinus und den Staatsanwalt Koppke wegen ihrer Behauptung, es sei konstatirt, daß Ahlwardt durch Wieser von dem Thoma'schen Gelde 2000 M. erhalten habe, den amtlichen Bescheid vorsetzen lassen. Endlich wird vom Rektor Ahlwardt am nächsten Mittwoch ein Druckheft ausgegeben, welches über den Fall Manché und die Reich-

licher Angelegenheiten neue Mittheilungen und Erklärungen enthalten wird.

Von der Königl. Charite-Direktion erhalten wir folgenden Schreiben: In der ersten Beilage der Nr. 213 des „Vorwärts“ vom Sonnabend, den 17. d. M., befindet sich unter „Lokales“ ein Artikel mit den Anfangsworten: „Wenn die Berliner Krankenhäuser“, in welchem die vermeintliche Lieblosigkeit einer Wärterin getadelt wird.

Der betreffende Vorgang ist durchaus entsetzlich mitgetheilt. Nach unseren Ermittlungen trifft die Wärterin kein Vorwurf. Die Kette hatten die Verabreichung von Milch an das im Dalse operirte Kind streng verboten und deshalb war es Pflicht der Wärterin, die von der Mutter mitgebrachte Milch, für deren Beschaffenheit überdies hier keine Verantwortung übernommen werden konnte, zurückzuweisen. Das Kind ist gerade in besonders sorgfältiger Weise gepflegt worden; es bekam als Extradiät täglich 2 Eier, eine Portion Schabfleisch, eine Portion Scherrn, eine kleine Flasche Samobwein und Haserischleim mit Royal. gez. Spinola.

In der Lutherstraße zu Charlottenburg kam es am Sonntag Nachmittag zu einer größeren Ausschreitung. Nach einem Bericht hatte der Bauwächter Bosh von dem Kasparell'schen Neubau aus der Borniser Straße seinen Hund, eine bissige Dogge, ohne Maulkorb auf die Straße genommen. Das Thier fiel nun jeden Vorübergehenden an, worüber sich Bosh, der ein wenig angegriffen war, zu freuen schien. Als er von einem Herrn, welcher auch von dem Hunde angefallen worden war, hierüber zur Rede gestellt wurde, drohte er mit Schlägen. Dem so Bedrängten kam der Handwerksmeister S. zu Hilfe. Es entstand ein Streit, in welchem schließlich Bosh mit seinem Hunde die Weiden verfolgte. Sie stoben in das Kolonialwaaren-Geschäft von Franz, Lutherstr. 15. Franz hielt, verriet mit den beiden anderen, die Ladenthür zu Bosh, der in großer Wuth war, schlug die Ladenthürscheibe entzwei, so daß die herumfliegenden Glasplitter den Franz beinahe im Gesicht verletzten, daß er infolge des erlittenen Blutverlustes die Bestimmung verlor. Bosh hatte mit seinem Hunde mittlerweile den Laden betreten und durch die Thür, die er nun nach den beiden Flüchtlingen, welche den Hinterrückgang benutzten, um sich so vor Bosh zu schützen, unternahm, erlitt Franz außerdem noch bedeutenden Schaden. Durch den großen Lärm hatten sich viele Menschen angefundet, doch drohte Bosh, jeden, der ihm zu nahe komme, niederzuschlagen, sowie mit der Heftung seines bissigen Hundes. Zum Glück war einer unter der Menge, der den Hund kannte; er rief ihn und das Thier folgte. Nun stürzte alles über Bosh her, ihn derartig zurückend, daß das Blut in Strömen floß. Bosh, welcher durch die Unschicklichkeit, die man an ihm vorgenommen hatte, von Wuth trieb, wurde unter Aufsicht der Schutzleute auf den Hof genommen, wo man ihn von seinem Blute reinigte und verband. Jetzt widersetzte er sich der Verhaftung, indem er mit einem Messer nach einem der Beamten schlug. Dieser schlug ihm jedoch das Messer aus der Hand, worauf seine zwangsweise Verhaftung erfolgte. Der Kaufmann Franz ist schwer verletzt.

Ueber die Gründe, welche den Haus Rev.-Hock hier eingetragenen ungetreuen Bankbeamten Bod nach seiner Anklage zur Flucht veranlaßt haben, schreibt ein Berichterstatter: Es ist nicht etwa, wie man vermuthen sollte, die Furcht vor der Entdeckung seiner Unterschlagungen gewesen, als vielmehr das Bedauern um Zahlung des Bankhanfes, bei welchem er mit Mißerfolg spekulirte und infolge der daraus entstandenen Differenzen Schulden auf Schulden häufte. Hiernach erklärt es sich auch, warum Bod seine sämtlichen Mobilien der Kaiser Wilhelm-Bräuererei in der Köpenickerstraße verlor und später durch seine Frau auf Leihkontrakt wieder entnehmen ließ. Er wollte auf diese Weise verhalten, daß das Bankhaus eine Pfändung bei ihm mit Erfolg vornehmen lassen konnte.

Auf der Potsdamer Bahn bei Schöneberg ist am Dienstag um 1/2 Uhr Nachmittags ein Güterzug entgleist, infolge dessen die Passagiere des um 2 Uhr 40 Minuten hier abgehenden Personenzuges, sowie auch andere Züge nicht abfahren konnten. Bei dem Unglück sind einige Wagen des Güterzuges zertrümmert und vom Bedienungspersonal einige Personen verwundet worden. Der Zugführer ist von der Lokomotive herabgesprungen. Der Zug war auf ein falsches Geleise gerathen.

In der Nacht zum 16. d. M. wurden fünf jüdisch-polnische Auswanderer auf dem Stettiner Bahnhof von einer Frau im Alter von 30-35 Jahren angeprochen, die sich ihnen als Mitglied des hiesigen jüdischen Unternehmungsausschusses vorstellte und das Vertrauen der Auswanderer gewann, so daß sie sich von ihr nach dem Lehrter Bahnhof führen ließen. Dort gaben die Auswanderer der Fremden, die einen schwarzen Mantel mit großen Knöpfen und einen schwarzen Hut mit weißen Federn trug, 42 M. zur Beschaffung von Fahrkarten. Mit diesem Betrag verschwand die Person und die Auswanderer warten noch heute auf die verprochenen Fahrkarten.

Der 14jährige Tischlerlehrling Richard Kreischa wurde gestern Nachmittag in der Friedenstraße von einem jähen Tode ereilt. Er hatte sich auf ein leeres Faß gesetzt, das zwischen den Borderrädern und den Hinterrädern eines Bierwagens ausgehängt war, stürzte zu Boden und wurde von den Hinterrädern überfahren. Dabei trug er so schwere Verletzungen davon, daß sein Tod nach wenigen Minuten eintrat.

Mit dem Eintritt des herbstlichen Wetters haben Paletolmader in größerem Umfang ihre Thätigkeit wieder aufgenommen. Zahlreiche Beschwerden sind in den letzten Tagen der Kriminalpolizei von Personen zugegangen, denen in verschiedenen Cafés und Restaurationslokalen ihre Ueberzieher gestohlen worden sind.

Der Maler Otto Koppke, der am 4. Oktober einen Revolver auf den Sattler Scheller gefeuert hat, darauf flüchtig geworden ist und flehentlich verfolgt wurde, ist gestern verhaftet worden. Er wurde in der Wohnung seiner Mutter gefunden, die ihn auf dem Boden verborgen hatte. Koppke behauptet, daß er nicht beabsichtigt habe, auf Scheller zu schießen und daß der Schuß sich entladen habe, als er versuchte seinen Revolver aus den Händen Schellers zu entwenden. Diesen Aussagen widerspricht die Versicherung Schellers, daß Koppke mit Vorlauf den Schuß auf ihn abgegeben habe. Gegen diese Annahme spricht jedoch die Thatfache, daß sich kein Beweggrund finden läßt, der den Koppke veranlaßt haben könnte, Scheller nach dem Leben zu trachten. Die Mittheilungen einer Lokal-korrespondenz, denen zu Folge es sich in diesem Falle um einen veruchten Raubmord handelt, entbehren der Begründung.

In dem Artikel in unserer gestrigen Nummer „Die zweite Bluthat“, welche am Sonntag Morgen in dem Lokal vom Prophecia stattgehabt haben soll, wird uns von dem Verfasser des Lokals mitgetheilt, daß sich die geschilderte Szene in der Reuen Königsstraße“ abgespielt hatte, nachdem das Lokal bereits geschlossen war.

Der Verband der Möbelpolierer feierte am Sonnabend der vorvergangenen Woche in Jock's Festsaal, Andreastr. 21, sein festliches Stiftungsfest. Eingeleitet wurde das zahlreich besuchte Fest durch Konzert, Vorträge u. s. w. Während der Kaffeepause hielt Kollege Karl Kurth die Festrede, welche eine begeisterte Aufnahme fand. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf das fernere Gedeihen des Verbandes und auf die inter-

In Berlin (Weißgerber) sind immer noch 54 Verbeiraltete, 16 Ledige und 96 Kinder zu unterhalten. Die Arbeitgeber zeigen sich nicht geneigt, von der Lohnreduzierung Abstand zu nehmen. Wesentlich hängt dieser Zustand auch von dem der Handschuhmacher ab. In den letzteren ist gleichfalls keinerlei Milderung eingetreten, wenigstens sind Berichte hierüber nicht eingegangen. Nachdem die Verhandlungen der Tarifkommission der Buchdrucker resultatlos verlaufen sind, beginnen die Prinzipale die Mitglieder des Unterhaltungsvereins zu mahnen.

In der Leipzig-Lindenauer Spinnfabrik stellten am 12. September sämtliche (33) Spinnweber die Arbeit ein, weil ihnen ein Lohnabzug von 15 bis 20 pCt. gemacht werden sollte. Bemerkenswert ist, daß der Lohn dieser Arbeiter innerhalb der letzten 3 Jahre um 50 pCt. zurückgegangen ist. Auch die Formier in Köln a. Rh., Firma Weibel u. Co., ersuchen um Unterstüzung und Fernhalten des Zuguges. Der Zustand dauert nunmehr 9 Wochen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß aus einzelnen Städten oder von Kommissionen keine Gelder mehr an die Generalkommission gesandt werden sollen. Falls hier oder da durch freiwillige Sammlungen Geldmittel aufgebracht werden, so sind dieselben dem Vorstande des jeweiligen Vereins zur Verfügung zu stellen.

Die Einnahme der Generalkommission soll sich bis zum Gewerkschaftskongress nur aus den Beiträgen der einzelnen mit ihr verbundenen Gewerkschaften zusammensetzen. Dagegen sind alle Gelder, welche für den Maisfonds gesammelt sind, an die Generalkommission abzuführen. Der Abschluß mit der Einnahme für den Maisfonds soll am 31. Oktober gemacht werden. Gelder für Raimarkten, welche bis zu diesem Datum nicht eingelangt sind, können nicht mehr für den Maisfonds sondern müssen für den Generalfonds gebucht werden.

Ferner ersuchen wir nochmals um schleunige Befestigung der zur Ausgabe gelangenden Broschüre über die Organisationsfrage.

Die Generalkommission.

C. Legien,
Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, I.

Erklärung über die bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 1. bis 14. Oktbr. eingegangene Gelder:

Leise und Tischlerfabrik „Neue Zeit“, Berlin 10.—, Gerberei Arbeiter, Gr. Vorst. 20.—, Verband deutscher Kürschner, Hamburg 8,50, Tabakarbeiter, Breslau 12,95, Fabrik- und Handarbeiterinnen, Altona, durch H. 30.—, Ungenannt H. S. G., Hamburg 140,15, Verband der Schneider und Schneiderinnen, Wandsbeck 20.—, Von den Kassen der D. schen Werkstatt, Altona 10.—, durch A. Kurz, Haynau i. Schl. 5,90.

Für den Maisfonds sind noch folgende Beträge eingegangen:

Berlin, von den Böttchern, 2. Rate 49.—, Arnstadt, Rumburg (Reit) —50, Hamburg, Goldarbeiter 15,30, Burgen, Arbeiterchaft 22,25, Engau, Arbeiterchaft 223.—, Kirchhain, Weißgerber (Reit) —10.

H. Dammann, Kassirer,
Hamburg, Zollvereins-Niederlage
Wilhelmstr. 15, I. Et.

Versammlungen.

Die Studateure Berlins und Umgegend hielten am 19. Oktober, Vormittags 9 Uhr eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Entgegennahme der Berichte von Seiten der Kollegen betr. das Verlassen der Fenster auf den Bauten. Der Vorsitzende Braun präzisirte der zahlreich besuchten Versammlung die Sachlage mit dem Hinweis darauf, daß die Löhner beschloffen haben, mit ganzer Schärfe für die Vergrößerung der Fenster auf den Neubauten einzutreten; Redner wünscht, daß die Berliner Studateure dieselbe Energie entfalten mögen, wie sie uns die Löhner schon vor Jahren in dieser Frage gezeigt haben. Es werden nun die Berichte der einzelnen Kollegen entgegengenommen, welche im wesentlichen dahingehen, daß die Bauherren zwar im großen Ganzen überall versprochen, dafür zu sorgen, daß die Fenster vergrößert werden, aber bis dato nur wenige ihr Versprechen gehalten haben. Im großen Ganzen ist eben über die ganze Situation noch nichts zu sagen, indem noch kein Ueberblick vorhanden ist, welchen erst die nächsten Tage bringen werden. Zu erwähnen ist folgendes: Der Kollege

Coberski hat in der Friedenstraße die Arbeit niedergelegt. Kollege Widnig arbeitet weiter. Ferner ließ der Kollege Steinberg der Versammlung sagen, daß er mit noch fünf Kollegen die Arbeit nicht niederlegen würde (Bau Wollinerstraße). Die Kollegen Ernst und Weidener in der Laubensstraße arbeiten ebenfalls weiter. Ebenso sind mehrere Bauten, auf denen die Löhner und Studateure arbeiten, oder aber die Löhner die Arbeit niedergelegt haben und die Studateure weiter arbeiten oder umgekehrt. Ueberall, wo dies geschehen, ist unsere aufgestellte Forderung noch nicht erfüllt. Jedenfalls werden aber diese Kollegen ebenso wie die betr. Löhner das Ansinne ihrer Handlungsweise bald einsehen und doch noch für die gute Sache eintreten. Was in der Diskussion weiter von Fällen ähnlicher Art zur Mittheilung gelangte, wurde durch folgende vom Kollegen S. Gröneberg unterzeichnete Resolution, welche dies alles in sich faßt, erledigt:

Die heutige Versammlung der Berliner Studateure verpflichtet sich, nur auf solchen Bauten zu arbeiten, 1. wo die Fenster vergrößert sind; 2. wo nur noch Läden, Klure oder ein Theil der Fassade zu fertigen ist; 3. wo keine Fenster angebracht werden, die Löhner aber indifferent sind und trotz aller Ermahnungen seitens der Studateure sich uns nicht anschließen wollen. Diese drei Punkte aufrecht zu erhalten, hält jeder ehrliche Kollege für seine Pflicht. Hierzu kommt noch eine Nachtrags-Resolution:

Auch solche Fassadenarbeiten dürfen gefertigt werden, wo in Zimmern kein Stud zu fertigen ist, auch kein Löhner ohne eingetragene verlassene Fenster arbeitet, aber nur solche.

Diese Resolutionen wurden gegen sieben Stimmen von der Versammlung angenommen, desgleichen ein Antrag auf Wahl einer Revisor-Kommission. Gewählt wurden in dieselbe die Kollegen: C. Hoffmann, Montag, Köhling, Winterlich, Wolffert, Böhr, Schall, Koff und Weichbrodt. Ein Antrag von S. Gröneberg:

Die arbeitenden Kollegen mögen von ihrem Verdienst 10 pCt. zur allgemeinen Unterstüzung abwerfen, fand einstimmige Annahme.

Die sich nun entspinne Diskussion über die event. Befolgung der Kommission, sowie über die allgemeine Unterstüzung der Ausführenden wurde durch einen Beschluß, diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu verlagern, beendet. Ein Vorschlag des Vorsitzenden, alle am Sonnabend gesammelten Gelder noch am selben Abend im Lokale des Herrn Marxahn, Wejmeierstr. 19, Ecke Rosenhalestraße, an die Vertrauensleute abzuführen, wurde akzeptirt. Nachdem noch der Versammlung bekannt gegeben war, daß die Kommission täglich im Lokale des Herrn Seefeld, Grenadierstr. 63 anwesend ist und daselbst alle Berichte der Kollegen entgegennimmt, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Die Kollegen sind aus eigenem Interesse verpflichtet, die Kommission in jeder Weise zu unterstützen.

Die nächste Versammlung findet jedenfalls am Donnerstag oder Freitag dieser Woche statt.

Musikinstrumenten-Arbeiter! Im Fachverein, welcher am 12. Oktober eine Generalversammlung abhielt, gab der 1. Kassirer, Kollege Wellermann, die Quartalsabrechnung. Bilanz: Einnahme 1180,70 M., Ausgabe 2204,12 M., Mehrausgabe 1023,42 M., Bestand vom 2. Quartal 1495,58 M., bleibt ein Bestand von 465,16 M.; dazu der Unterstüzungsfonds 589,58 M., ergibt ein Gesamtvermögen von 1044,74 M., davon befinden sich auf der Bank 250,70 M. Die große Mehrausgabe ist dadurch entstanden, daß der Streik der Wälgemacher und Stimmer der Harmonikfabrik von Pietschmann die Kasse sehr in Anspruch nahm. Es wurde bis zum 1. Oktober an 19 Streikende die Summe von 1593,50 M. ausgezahlt. Die Einnahme ist im 3. Quartal eine bedeutend höhere gewesen, als überhaupt bisher. Auch ist die Zahl der neu beigetretenen Mitglieder eine große zu nennen; dieselbe zeigt ein extremes Uebertreiben des Fachvereins, welcher jetzt nicht nur Klavierarbeiter, sondern Kollegen der verschiedensten Musikinstrumentenbau-Branchen in sich vereinigt. Die Revisoren berichteten, daß sie bei der Abrechnung alles in bester Ordnung gefunden hätten und beantragten deshalb dem Kassirer Decharge zu erteilen. Die Versammlung kam dem nach. Kollege Fr. Moos rechnete hierauf über das Sommerfest in der „Neuen Welt“ ab. Bilanz: Einnahme 836 M., 50 Pf., Ausgabe 950 M., 95 Pf., bleibt ein Defizit von 114 M., 45 Pf. Dem am Freitag herrschenden Unwetter und der Verlegung des Festes auf einen für den Arbeiter ungünstigeren Tag ist wohl nur zuzuschreiben, daß ein Defizit entstanden ist. Das Defizit trägt auf Antrag des Kollegen Riendorf der Unterstüzungsfonds. Die Revisoren hatten auch hier die Abrechnung für richtig befunden und erteilte die Versammlung demzufolge dem Kassirer Decharge. In die Werkstatt-Kontrollkommission

wurde an Stelle des Kollegen Blug der Kollege Rob. Blum gewählt. Ueber den Stand des Streiks bei Pietschmann berichtete der Vorsitzende, man vermüde, daß von Seiten dieser Firma wahrscheinlich schwarze Listen nach außerhalb versendet worden seien. Die diesigen Konkurrenten der Firma haben indessen von den Listen noch keine Verwendung gemacht. — Neue Mitglieder wurden 12 aufgenommen. Hierbei kam es zu einer erregten Debatte über die Aufnahme eines Streikbrechers von May und Komp. Derselbe hatte sich zur Zeit des Streiks gegen die streikenden Kollegen, sowie auch gegen die Kommission in tadelnswerthester Weise verhalten, und auch noch die Behörden veranlaßt, gegen die Streikenden einzuschreiten. Die Aufnahme wurde ihm deshalb verweigert.

Eine öffentliche Versammlung der zentralisirten Gewerkschaften der Gerber, Handschuhmacher, Hutmacher, Kürschner, Näherinnen, Plätterinnen, Sattler, Schneider und Schneiderinnen, Schuhmacher und Tapezirer fand am 14. Oktober statt. Sassenbach referirte über den Organisationsentwurf der Generalkommission. Redner erklärte, persönlich liehe er zwar der Idee sympathisch gegenüber, er könne sich aber unter den heutigen Verhältnissen nicht besonders dafür erwärmen. Besonders sei der Entwurf viel zu komplizirt und lasse daher berechtigten Zweifel an seiner Durchführbarkeit aufkommen.

Vor Eintritt in die Debatte wird die Abfindung eines Begrüßungs-Telegramms an den Parteitag zu Erfurt beschlossen.

Schneider L. i. m. bemerkte zunächst, daß der Entwurf keinen Fortschritt bedeute, und zwar schon deshalb nicht, weil der Ausschluß der Arbeiterinnen fast unvermeidlich erscheine. Das Verwerfen kaum geschaffener Organisationsformen sei übrigens der Hauptfehler der deutschen Gewerkschaften. Redner kritisirte dann ebenfalls das Komplizirte an dem neuen Entwurf, der ein eigenes juristisches Institut notwendig mache. Weiter sprach noch K. o. d. (Schneider), Wedemeyer (Kürschner) und K. o. p. u. a. n. (Wäschebranche) in demselben Sinne, während T. o. b. s. e. n. die im Lauf der Debatte angegriffenen Hamburger verteidigte. Freiwald (Tapezirer) trat für lokale Zentralisation ein und ging dann auf die Verwendung des Maisfonds durch die Hamburger Genossen scharf kritisirend ein. Es sei wenigstens Pflicht der Hamburger gewesen, die Gewerkschaft über die Verwendung zu befragen.

Zwei Drittel des Maisfonds seien für die Hamburger, das eine Drittel für das übrige Deutschland verwendet worden. In diesem Sinne wurde die Diskussion noch lange Zeit fortgesetzt. Es betheiligten sich daran noch Augustin (Hutmacher), S. e. n. s. e. l. m. a. n. n. (Buchbinde), S. h. u. l. h. e. (Sattler).

Die zu diesem Punkt eingelangene Resolution wurde zurückgezogen und erklärte die Versammlung ohne jeden Widerspruch den Versuch der Gründung von Unionen für verfrüht.

Freiwald brachte hierauf eine zweite Resolution ein, welche die lokale Zentralisation empfahl. Diese Resolution wurde abgelehnt. Jedoch erklärte die Versammlung ausdrücklich, daß sie es für selbstverständlich hält, daß auch die Gewerkschaften unbedingt Vertretung auf der Gewerkschaftskonferenz haben.

Der Fachverein der Firmenschilder-Branche hielt am 13. Oktober seine monatliche Vereinsversammlung ab. In derselben sprach Kollege Simpson über Gewerbe-Schiedsgerichte. Diskussion fand nicht statt. Es erfolgte hierauf der Bericht des Vergütungskomitees. Nach demselben würde sich der vorläufige Nebenschuß vom letzten Vergütigen auf ungefähr 4 M. stellen; zwei Kollegen haben noch nicht abgerechnet. Dann wurde bekannt gemacht, daß Sonnabend, den 31. Oktober, im Feuerstein'schen oberen Saal (Ind. G. Wolk, Alte Jakobstraße 75, ein Langfranzösch hat) findet. Unter „Verschiedenem“ machte der Vorsitzende, Kollege R. a. g. e. l., bekannt, daß sich der Arbeitsnachweis bei Bernau, Rosen- und Neue Friedrichstraße-Gäß, befindet. Die Kollegen werden ersucht, davon Gebrauch zu machen. Zu bemerken ist noch, daß die nächste Vereinsversammlung auf den 8. November bei Regent, Alte Jakobstraße, festgesetzt ist. Dem Kollegen wird aus Herz gelegt, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 14. Das können wir leider nicht beantworten. Herz, Friedrichstraße. Wenden Sie sich mit den betref. Papiere an die Direktion der Anstalt.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Im Verlage von Juer & Co. in Hamburg ist erschienen und von uns zu beziehen:

Der Neue Welt-Kalender für das Schaltjahr 1892.

Mit einem Farbendruckbilde „Auf dem Markte“ und einem Wandkalender auf Karton.

Reich illustriert. Preis 50 Pf.

Inhalts-Übersicht:

Kalendarium. — Post- und Telegraphenwesen. — Deutscher Wechselkessel. — Auszug aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. — Rückblick auf die Zeit vom 1. Mai 1890 bis 15. Mai 1891. — Die Volksgählung vom 1. Dezember 1890. — Bericht über die Wahlen und Wähler. — Im Kreislauf des Jahres. (Gebicht). — Vilatus. Erzählung von Franz Wichmann. Mit Illustrationen. — Schiffbrüchige. (Gebicht). Mit Illustration. — Die Erde als Morgen- und Abendstern des Mars. Mit Abbildung. — Statistisches aus der Landwirtschaft. Von Max Schippel. — Großvaters Geburtstag. (Gebicht). Mit Illustration. — Ausquidj verurtheilt. Dichtung von W. H. D. H. Mit Illustrationen. — Die Bergarbeiter einst und jetzt. Von Karl Kautski. — Im Namen des Gescheh! (Gebicht). Mit Illustration. — Antje. Eine Helgoländer Geschichte. Von Clara Reichner. Mit Illustrationen. — Moritz Rittinghausen. Mit Portrait. — César de Paape. Mit Portrait. — Der Tuberkelbazillus und das Koch'sche Heilmittel. Mit Abbildungen. — Heimkehr aus Romerum. (Gebicht). Mit Illustration. — Fliegende Blätter. (Humoristisches). Die Schmachthine. Humoreske von M. Regel. Mit Illustrationen. — Aufösungen der Räthsel aus 1891. — Räthsel und Charaden.

Wir empfehlen den vorliegenden 10. Jahrgang des „Neuen Welt-Kalender“ jedem Parteigenossen zur Anschaffung und zur weitesten Verbreitung in indifferenten Kreisen. Derselbe ist ein vorzügliches Agitationsmittel und kehrt durch seinen gewählten Inhalt weit über der gesammten sonstigen Kalender-Literatur.

Wiederverkäufern, sowie für Parteibezug, hoher Rabatt.

Damen-Mäntel und -Jaquets

zu nachfolgenden unvergleichlich billigen Preisen: 1435L

Jaquets in neuesten Façons, aus Cheviot und Eskimo	6, 8, 10, 12, 15 Mark.
Plüsch-Jaquets, sauber gearbeitet, tadellos sitzend	20, 25, 30, 35 Mark.
Capes und Vinites, hervorragende Neuheiten	10, 15, 20 Mark.
Wattirte Abend-Mäntel, in allen modernen Façons	10, 12, 15, 20 Mark.
Regen- und Herbst-Mäntel in überraschend grosser Auswahl	10, 12, 15, 20 Mark.

Vorjährige Jaquets, Paletots und Dolmans

zum gänzlichen Ausverkauf 3, 5, 8, 10 Mark.

Damen-Kleiderstoffe

zum gänzlichen Ausverkauf.

1 grosser Posten doppeltbreiter Damentuche für Hauskleider	Meter 60, 75 Pfennig.
1 grosser Posten Lamas in sehr hübschen Streifen, doppeltbreit,	Meter 50, 60, 75 Pf.
1 grosser Posten Elastique-Damentuche, reine Wolle, doppeltbreit,	Meter 1, 1,25, 1,50 Mark.
1 grosser Posten Fantasie, Körper-Cheviots, hervorragende Neuheit, gestreift und glatt, doppeltbreit, reine Wolle,	Meter 1,50, 1,75, 2 Mark.
Reinwollene deutsche und englische Kammgarnstoffe und Cheviots, gestreift und mit buntem Garn genoppt, doppeltbreit, Meter	1,50, 2 Mark.
Gestricke Batist-Roben in crème und weiss	4,50, 6, 8, 9 Mark.

Fertige Kleider

haben wir in Berlin die grösste Auswahl und verkaufen solche zu den billigsten Preisen.

Elegante farbige Kleider von	20 Mark an.
Schwarze Kleider	25, 30, 35 Mark.
Schwarze seidene Kleider	50, 60 Mark.

Morgenröcke in gr. Auswahl 7,50, 9, 10 Mk.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

G. Stutz' Photographie-Atelier Fertige Wäsche, Betten, Kleiderstoffe, Theilzahlung nach Uebereinkunft. Gröbelsstrasse 86. Schrock.